



Der Landesbeirat
für Vertriebenen-, Flüchtlings-
und Spätaussiedlerfragen



Der Landesbeirat
begeht den Tag der
neuen Heimat
Seite 8

Blickpunkt SED-
Unrecht: Zeitzeugen-
arbeit in NRW
Seiten 22 und 24

Kultureinrichtungen
im Portrait: Das West-
preußische Landesmuseum
Seite 26

Editorial 1/2020



Liebe Leserinnen und Leser!

Ich freue mich, dass Sie in diesem Moment die zweite Ausgabe unseres VAS-Journals in Ihren Händen halten und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Über die vielen positiven Rückmeldungen zu unserer ersten Ausgabe des VAS-Journals möchte ich mich, auch im Namen meines Teams, recht herzlich bedanken. Das Lob und auch die Kritik sind uns Ansporn, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und Sie fortlaufend zu informieren, zu unterhalten und auch zum Nachdenken anzuregen.

Die Erstellung dieser Ausgabe war geprägt – wie unser gesamtes Leben seit einigen Monaten – von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Geplante Veranstaltungen, wie z.B. die März-Sitzung des Landesbeirats oder auch der Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Berlin, mussten kurzfristig abgesagt werden. Auch meine geplanten Besuche der deutschen Minderheit in Russland sowie des Heimattages der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl sind zumindest verschoben worden.

Mittlerweile haben viele von uns auf digitale Veranstaltungsformate umgestellt. So findet die Landesbeiratssitzung im Juni via Videokonferenz statt und auch der Heimattag der Siebenbürger Sachsen an Pfingsten wurde als digitales Event durchgeführt. Podcasts, digitale Museumsführungen und vieles mehr wurde binnen kurzer Zeit konzipiert, um das Verbandsleben und das kulturelle Angebot aufrecht zu erhalten – dies zeigt erneut, wie aktiv und lebendig Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler in NRW sind!

Trotzdem fehlen uns allen natürlich der normale Alltag und die persönlichen Begegnungen und Gespräche. Ich denke, wir alle hoffen gemeinsam, dass in absehbarer Zukunft ein Impfstoff gegen Covid-19 entwickelt werden kann und wir schrittweise wieder zu der Normalität zurückkehren können, die wir vor der Pandemie kannten. Ich freue mich jetzt schon darauf!

In diesem Sinn, bleiben Sie sowie Ihre Freunde, Bekannte und Angehörige gesund!

Ihr Heiko Hendriks

Vorsitzender des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen

In dieser Ausgabe

I LANDESBEIRAT & LANDESBEAUFTRAGTER

- 4 Gemeinsame Erklärung der Landesbeauftragten 75 Jahre Kriegsende
- 6 Sitzung des Landesbeirates in Düsseldorf
- 7 Neu dabei: Claudia Brecht
- 7 Die neuen Spätaussiedlerzahlen
- 8 Tag der Neuen Heimat 2020 des Landesbeirats in Düsseldorf
- 13 Bilder machen Leute. Russlanddeutsche in der öffentlichen Meinung
- 16 Neue Dauerausstellung über das Barackenlager Lette
- 18 Besuch der Stolper Heimatstube Bonn
- 19 Reinhard Grätz: Schlesier, Politiker und Brückenbauer
- 20 Siebenbürgen – eine einmalige Kirchenburgenlandschaft
- 24 Sehenswerte Ausstellung über die SED-Diktatur
- 50 Chronik des Landesbeirates: Kapitel 1: 1945–1949

II INTERVIEWS UND PORTRAITS

- 22 Im Gespräch mit Dr. Frank Hoffmann
- 26 Das Westpreußische Landesmuseum
- 30 Im Gespräch mit Dr. David Skrabania

III AUS DEN VERBÄNDEN

- 15 BAMF legt neues Projektkonzept vor
- 32 „Brünner Köpfe“ in Düsseldorf
- 33 Tagung der Pommerschen Landsmannschaft NRW
- 35 Wir sind hier, wir sind laut – LmDR setzt Jugendprojekt um
- 36 LmDR stellt sich den Fake-News in Zeiten von Corona
- 38 Bilinguales Projekt für russlanddeutsche Jugendliche gestartet
- 40 Jubiläumsfeier: 25 Jahre „Hafen der Hoffnung e.V.“
- 42 Der heiligen Barbara gedacht
- 43 Bestsellerautorin zu Gast im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte
- 44 Landsmannschaft Schlesien verleiht goldene Ehrennadeln
- 46 Generationen für- und miteinander. Schlesier in Velbert wählen neuen Vorstand
- 48 Restaurierung der Gedenkstätte in Iserlohn

IV BUCHVORSTELLUNGEN

- 25 Marie-Luise Knopp: „Freundschaft trotz Mauern“
- 34 Tamara Kudelin: „Die Welt ist schön“
- 49 LUB (Hrsg.): „Vom Verlust zum Gewinn“

Bildnachweise Cover: oben links: Ausstellung „Die Mauer“ Gruppenbild; oben rechts: Ausstellung „Brünner Köpfe“ Tafeln; Mitte links: Empfang Tag der neuen Heimat, PSts Klaus Kaiser; Mitte kleines Bild oben: Empfang Tag der neuen Heimat Handybild; Mitte kleines Bild unten: Kranz der Landesregierung; Mitte rechts: Tag der neuen Heimat, T. Schmalz und H. Hendriks; unten links: Logo des Landesbeirats NRW; unten rechts: Mitglieder Landesbeirat (alle Fotorechte: MKW)

Gemeinsame Erklärung der Landesbeauftragten
75 Jahre Kriegsende:

„WIR ERINNERN AN FLUCHT UND VERTREIBUNG DER DEUTSCHEN AUS DEM OSTEN“



Sylvia Stierstorfer

Sylvia Stierstorfer, MdL
Beauftragte der Bayerischen
Staatsregierung für Aussiedler
und Vertriebene



M. Ziegler-Raschdorf

**Margarete
Ziegler-Raschdorf**
Beauftragte der Hessischen
Landesregierung für
Heimatvertriebene und
Spätaussiedler



Dr. Baumann

Dr. Jens Baumann,
Beauftragter für Vertriebene
und Spätaussiedler im Freistaat
Sachsen



Editha Westmann

Editha Westmann, MdL
Niedersächsische Landesbeauftragte für
Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen
und Spätaussiedler



Heiko Hendriks

Heiko Hendriks, Beauftragter des Landes
Nordrhein-Westfalen für die Belange von
deutschen Heimatvertriebenen, Aus-
siedlern und Spätaussiedlern

Vor 75 Jahren, am 8. Mai 1945, ging der Zweite Weltkrieg zu Ende. Der vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselte Krieg brachte Tod und Vernichtung über viele Völker Europas. Grausamer Höhepunkt des NS-Rassenwahns war die Shoah, die planmäßige, systematische Ermordung der europäischen Juden. Die Erinnerung an die Verbrechen, die von Deutschland während des Krieges begangen worden sind, ist heute selbstverständlicher Bestandteil unserer Gedenkkultur. Das ist richtig, und das muss so bleiben.

Zum kollektiven Gedächtnis unserer Nation gehört ebenfalls das Bewusstsein, dass zwischen 1945 und 1949 Millionen Deutsche aus dem Osten ihre Heimat verloren haben. Der bundesweite Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni bringt dies beispielhaft zum Ausdruck. Es lässt sich dennoch nicht leugnen, dass die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen zu verblassen droht. Gerade in der jüngeren Generation schwindet das Wissen um die damaligen Ereignisse und ihre bis in die Gegenwart reichenden Folgen. Wir dürfen und wollen uns nicht damit abfinden. Anlässlich des 75. Jahrestages des Kriegsendes setzen wir deshalb ein Zeichen:

- » Wir erinnern an rund 15 Millionen Deutsche, unsere Väter, Mütter und Großeltern, die aus Ostbrandenburg, Schlesien, Pommern, Danzig, Ostpreußen, dem Sudetenland und den deutschen Siedlungsgebieten im östlichen und südöstlichen Europa vertrieben worden sind. Im Zuge der Vertreibung der Deutschen haben sie ihre Heimat und ihr Hab und Gut verloren. Dadurch wurde das Aufbauwerk von Generationen zerstört.
- » Wir erinnern an die unzähligen Opfer, die auf der Flucht vor der Roten Armee, bei Gewaltexzessen und in Internierungslagern ums Leben gekommen sind.

- » Wir erinnern an die Millionen deutscher Frauen, die vor allem im Osten Opfer von Massengewaltungen geworden sind. Wir halten das Andenken an die zahllosen Mütter in Ehren, die für ihre Kinder Übermenschliches geleistet haben.
- » Wir erinnern an die Hunderttausenden deutschen Zivilverschleppten, darunter zahlreiche Minderjährige, die nach dem Krieg aus den Vertreibungsgebieten in die Sowjetunion deportiert worden sind, wo viele verstarben.
- » Wir erinnern an das seelische Leid, das mit dem Heimatverlust verbunden war. Es hat die Betroffenen ihr Leben lang gezeichnet und Familien traumatisiert.
- » Wir erinnern an die ungeheuren kulturellen Verluste, die das Ende der jahrhundertealten deutschen Siedlungsgeschichte im östlichen Europa mit sich gebracht hat.
- » Wir erinnern daran, dass die Vertreibung der Deutschen, bis heute die größte erzwungene Bevölkerungsverschiebung der Geschichte, ein völkerrechtswidriges Unrecht und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit war. Diese Einschätzung steht in Einklang mit der Rechtsauffassung, die alle Bundesregierungen nach 1949 vertreten haben.

Wenn wir an die Flucht und Vertreibung der Deutschen erinnern, tun wir das nicht, um deutsche Schuld zu relativieren. Wir tun es, damit jetzige und künftige Generationen wissen, wohin Krieg, Hass und Gewalt führen, und damit sie begreifen, was Heimatverlust bedeutet. Denn aus der Geschichte lernen kann nur, wer die Geschichte kennt.

München – Wiesbaden – Hannover – Düsseldorf –
Dresden, im Mai 2020

Anmerkung von Heiko Hendriks

Dieser gemeinsame Aufruf der Landesbeauftragten legt einen Fokus auf das Schicksal der Deutschen, die Flucht und Vertreibung erleiden mussten. Gleichwohl dürfen auch die Millionen „Heimatverbliebenen“ nicht in Vergessenheit geraten, die aufgrund ihrer deutschen Identität unter Repressalien zu leiden hatten und unter teils widrigsten Bedingungen die deutsche Sprache und Kultur aufrechterhalten haben. Ihre Geschichte und ihr Schicksal möchten wir in einem gesonderten Aufruf würdigen.

Viele Themen bei der Sitzung des Landesbeirates in Düsseldorf

Zu seiner dritten Sitzung im Jahr 2019 traf sich der NRW-Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen unter der Leitung seines Vorsitzenden Heiko Hendriks im Ministerium für Kultur und Wissenschaft in Düsseldorf.

Auf der Tagesordnung stand zunächst der Bericht des Vorsitzenden über seine Tätigkeiten seit der letzten Landesbeiratssitzung im Juni 2019. Er berichtete u. a. über seine Gespräche mit Vertretern der Zielgruppen und ging in diesem Zusammenhang insbesondere auf von ihm besuchten verschiedenen Veranstaltungen zum Tag der Heimat sowie auf die Gedenkfeier zum 30. Jahrestages des Mauerfalls ein.

Er führte ferner aus, dass das Unternehmen Syspons im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bundesweit die Kurse „Integration und Identität plus“ evaluiere und ein Konzept zur Neuausrichtung der bestehenden § 9 Abs. 4 – Maßnahmen für Spätaussiedler/-innen erarbeite. Er selbst habe an zwei Workshops in Essen teilgenommen und hoffe sehr, dass die Anregungen, die seitens der Teilnehmer/-innen gegeben worden sind, Einzug in das neue Konzept halten und somit auch für die Interessenten in NRW ein praktikables Angebot geschaffen wird.

Nach dem Bericht und der Aussprache wurde das Beiratsmitglied Edgar Born als Kandidat für den Vorstand der „Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus“ gewählt.

Schülerwettbewerb „Begegnung mit Osteuropa“

Danach referierte Bernd Werdin, Referatsleiter im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, über die neuen Projekte des Schülerwettbewerbs „Begegnung mit Osteuropa“. Die Mitglieder des Landesbeirates zeigten sich erfreut darüber, dass die neuen Projekte wieder mehr die Vermittlung des geschichtlichen Wissens über die Vertreibung und Aussiedlung in den Fokus rücken. Abschließend fand auf Antrag von Silvana Schindel (im Bild) und Dietmar Schulmeister (beide Landsmannschaft der Deutschen aus Russland) eine Diskussion über die „Darstellung der Deutschen aus Russland in den Medien“ statt.



↑ Sitzungsfoto bei der Landesbeiratssitzung in Düsseldorf 2019

→ Silvana Schindel

(Fotos: Martina Rodrigues, MKW)



Neu dabei: Mein Name ist Claudia Brecht ...

... und ich habe seit dem 1. September 2019 die Geschäftsführung für den Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen im Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW übernommen. Außerdem unterstütze ich den Landesbeauftragten Heiko Hendriks bei seinen Aufgaben für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern und bin Ansprechpartnerin für alle Bürgerinnen, Bürger und Stellen, die die o. g. Themenbereiche betreffen.



Kontakt

Ministerium für Kultur und Wissenschaft,
Haroldstraße 4,
40213 Düsseldorf
0211/896-4874
claudia.brecht@mkw.nrw.de

Meine Großmutter wurde gemeinsam mit meiner Mutter im Mai 1945 aus St. Joachimsthal – damals Sudetendeutschland – vertrieben. Sie ließen sich dann zunächst in Neuss und später in Bensberg nieder und haben es tatsächlich geschafft, sich gegen alle Widerstände und Vorbehalte hier in NRW ein neues, gutes Leben aufzubauen und anerkannt zu werden. Als Kind fand ich ihre abenteuerlichen Lebensgeschichten einfach nur spannend, für den damaligen Überlebenswillen und den Mut meiner Großmutter habe ich heute rückblickend großen Respekt. Leider kann ich sie nicht mehr dazu befragen, da sie hochbetagt verstorben ist. Umso mehr freue ich mich, hier tätig sein zu dürfen.

Spätaussiedlerzahlen in Nordrhein-Westfalen und bundesweit

In der Zeit von Oktober 2019 bis März 2020 sind in **Nordrhein-Westfalen** insgesamt 911 Menschen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen worden.

In der **Bundesrepublik Deutschland** wurden im Zeitraum Oktober 2019 bis März 2020 insgesamt 2.910 Personen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen. Von diesen 2.910 Personen waren 770 Personen deutsche Volkszugehörige im Sinne des § 4 BVFG. 1.699 Personen sind gemäß § 7 BVFG als Ehegatten oder Abkömmlinge eines Spätaussiedlers und 441 Personen als Familienangehörige gemäß § 8 BVFG eingereist.



Quellen: <http://www.kfi.nrw.de/wissenstransfer/statistik2/NRW-weite-Zahlen/2019/Monatsbericht-2019-07.pdf>
https://www.bva.bund.de/DE/Services/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/Monatsstatistik/Startseite_Monat_text.html

FESTLICHER EMPFANG ZUM TAG DER NEUEN HEIMAT 2020

GESCHICHTE UND KULTUR DER DEUTSCHEN AUS RUSSLAND VERMITTELN



- Akkordeonspieler Andreas Gutmann erfreute die Gäste mit seinem Spiel
- ↑ PStS Klaus Kaiser bei der Begrüßung
- Gut gefülltes Auditorium

Der Einladung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Klaus Kaiser, und des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen des Landes Nordrhein-Westfalen folgten erneut zahlreiche Gäste und feierten am 31. Januar 2020 in Düsseldorf den „Tag der neuen Heimat“.

Der „Tag der neuen Heimat“ ist im Jahr 2006 vom Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen ins Leben gerufen worden. Mit dieser Veranstaltung sollen die Leistungen der Millionen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler für das Land NRW gewürdigt und gleichzeitig die Erinnerung an ihre Geschichte und ihre Kultur wachgehalten werden. In diesem Jahr widmete man sich inhaltlich einem Thema, welches vor allem Spätaussiedler betrifft, nämlich dem Bild der Deutschen aus Russland in den Medien.

Begrüßung durch Klaus Kaiser

Zunächst begrüßte der Parlamentarische Staatssekretär Klaus Kaiser alle Anwesenden. Er betonte in seiner Begrüßungsrede die Bedeutung der integrativen Leistung der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler in NRW, die „das Gesicht unseres Bundeslandes – ihrer neuen Heimat – im positiven Sinne geprägt und bereichert“ haben. „Diese Leistungen verdienen höchste Anerkennung“, so Klaus Kaiser weiter.

In diesem Sinne hoffe er, „dass wir mit dieser Veranstaltung zu Ihrer Vernetzung untereinander und zum gegenseitigen Austausch insbesondere über Gemeinsamkeiten, aber auch über Unterschiede von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern beitragen.“

Heiko Hendriks führte in das Thema ein

Heiko Hendriks, Vorsitzender des Landesbeirats, wies darauf hin, dass „man unterscheiden müsse, zwischen der Art der Mediennutzung der

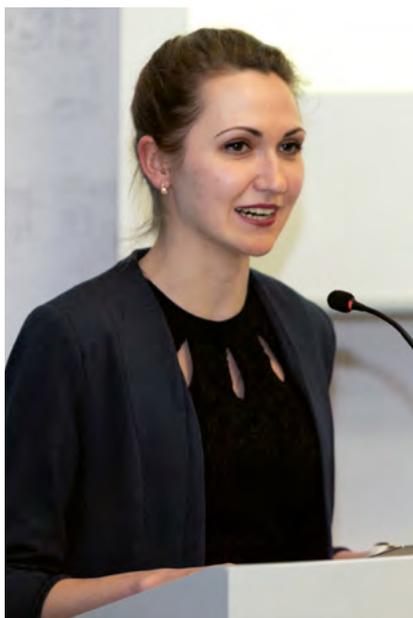


Vorsitzender Heiko Hendriks führte in das Thema ein.

Deutschen aus Russland, die sich genau wie in der Gesamtbevölkerung radikal in den letzten 20 Jahren verändert hat und dem oftmals sehr stereotypen Bild der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, welches in den Medien gezeichnet wird. Dieses stereotype Bild entspricht oftmals nicht der Wirklichkeit und lässt außer Betracht, dass es zwar die Deutschen aus Russland gibt, aber nicht **die** Deutsche oder **den** Deutschen aus Russland.“

Festvortrag von Tatjana Schmalz

Den Festvortrag mit dem Titel „Bilder machen Leute. Russlanddeutsche in der öffentlichen Meinung.“ hielt Tatjana Schmalz. Die russlanddeutsche Expertin verfasste bereits ihre Masterarbeit zu dieser Thematik und forscht derzeit an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) im Rahmen ihrer Dissertation zu Erinnerungskulturen in Einwanderungsländern am Beispiel der russlanddeutschen Volksgruppe in Deutschland.



Festrednerin Tatjana Schmalz führt ihre Sicht der Dinge aus.

Ihr Resümee lautete, dass „all die gezeigten Beispiele zeigen, dass Russlanddeutsche in der öffentlichen Meinung streitbar, wenn nicht gar umstritten sind. Nur eine sachliche und flächendeckende Aufklärung über die Geschichte dieser Bevölkerungsgruppe, die von Wissenschaftlern und Selbstorganisationen gemeinsam forciert wird, kann den emotional aufgeladenen Deutungshoheiten der Medien entgegenwirken“.

Interessante Podiumsdiskussion

In einer anschließenden Podiumsdiskussion tauschten sich Kornelius Ens, Leiter des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold, Katharina Heinrich, Osteuropahistorikerin und freie Journalistin aus Köln, Dietmar Schulmeister, Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland NRW e. V. und Igor Wenzel vom Verein zur Integration russlanddeutscher Aussiedler (VIRA) e. V. aus Essen unter der Moderation von Heiko Hendriks über ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven aus Kultur, Bildung und Medien zu diesem interessanten und vielschichtigen Themenfeld aus.

Im Rahmen der Diskussion fragte Heiko Hendriks die Podiumsteilnehmer u.a. nach deren Empfehlungen, wie stereotypen Sichtweisen entgegengewirkt werden kann.



Teilnehmer der Podiumsdiskussion

*oben v. l. n. r.:
Dietmar Schulmeister,
Katharina Heinrich,*

*unten v. l. n. r.:
Igor Wenzel und
Kornelius Ens*

Die Journalistin **Katharina Heinrich** beleuchtete das Thema für die jüngere Generation und meint, zuallererst sollten Kinder und Jugendliche der Deutschen aus Russland für ihre eigene Kultur und Geschichte sensibilisiert werden. Denn ihre Eltern und Großeltern kämen aus einer Gesellschaft, in der jahrzehntelang das Wissen um eigene Kultur und Identität gefährlich war. Wenn dann auch noch die Geschichte der Deutschen aus Russland in den Schulunterricht Einlass finden könnte, stünde dem Entgegenwirken der Stereotypen über die Deutschen aus Russland nichts mehr im Wege.

Dietmar Schulmeister schloss sich dieser Meinung an, indem er betonte, dass die russland-deutsche Geschichte zweifelsohne zur bundesdeutschen Geschichte gehöre. Sie gehöre in die Schulbücher, in die Abiturprüfung und letztendlich in das kollektive Gedächtnis. Für die Landsmannschaft, deren Vorsitzender er ist, erläuterte er, dass diese der älteste Kulturverband der Deutschen aus Russland sei und somit einen Bei-

trag dazu leisten würde, was jedoch nicht ausreichend sei. Stereotypen könne man bereits auch im persönlichen Umfeld, beispielsweise bei Nachbarn oder Freunden, entgegentreten. Man solle hierbei die historisch-politische Verantwortung herausstellen und bezogen auf die Gegenwart auch die unauffälligen Integrationsbeispiele betonen: Wir kennen fast alle Familien mit Namen wie Fischer, Schüle oder Dück!

Igor Wenzel betonte, dass eine überzeugt gelebte Kultur und das, was die Menschen im realen alltäglichen Leben sehen, am ehesten überzeugend wirke. Das bedeute vor allem, dass die deutschen Spätaussiedler/innen aus den Ländern der ehem. UdSSR selbst ihre eigene Kultur und Geschichte kennen und ihre Traditionen pflegen müssen. Deswegen gehören regelmäßige eigene Veranstaltungen zu kulturellen oder geschichtlichen Anlässen zum festen Bestandteil der Arbeit der Mitgliedsorganisationen der VIRA e. V. Dabei lädt man sehr gerne auch Gäste von außerhalb ein.

Teilnehmer der Podiumsdiskussion v. l. n. r.: Katharina Heinrich, Dietmar Schulmeister, Moderator Heiko Hendriks sowie Igor Wenzel und Kornelius Ens



Außerdem nehmen die Mitglieder des Vereins an Veranstaltungen verschiedener Bürgervereine und Verbände teil und gehen offen mit ihrer Identität, Traditionen und Familiengeschichte um, um Verständnis zu wecken.

Befragt zu seinen eigenen Möglichkeiten, sich in das Thema einzubringen äußerte **Kornelius Ens**, Direktor des Museums in Detmold, dass die Geschichte der Russlanddeutschen vor 1940 vielen Besuchern überhaupt nicht bekannt sei.

„Das versuchen wir im Museum durch Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu ändern“, so Ens.

Der diesjährige „Tag der neuen Heimat“ wurde musikalisch begleitet vom Akkordeonspieler Andreas Gutmann und dem russlanddeutschen Chor „Heimatklänge“ aus Köln.

↓ Zum Abschluss fanden sich alle Akteure zusammen mit den beiden Gastgebern, Klaus Kaiser (im Bild links) und Heiko Hendriks (Bildmitte), sowie den Landtagsabgeordneten Andreas Bialas (3. v. r.) (SPD), Thorsten Schick (1. v. r.) (CDU) sowie Rüdiger Scholz (6. v. l.) (CDU) für ein gemeinsames Bild ein.

↓↓ Auftritt des Chores „Heimatklänge“ aus Köln

(Alle Fotos: Roland Zerwinski, MKW)



Bilder machen Leute. Russlanddeutsche in der öffentlichen Meinung

Kurzfassung des Festvortrags von Tatjana Schmalz beim Tag der neuen Heimat 2020 in Düsseldorf

Im Zeitalter der Digitalisierung entsteht der erste Eindruck längst nicht mehr beim persönlichen Handschlag. Inzwischen zählen vor allem unsere Bilder in den sozialen Netzwerken. Dass dabei je nach sozialem Netzwerk andere Persönlichkeitsaspekte in den Vordergrund rücken, bewies im Januar 2020 mit viel Humor die sogenannte „Dolly Parton Challenge“.

Weniger humorvoll ist da das Bild, das Nachrichtenmedien und Dokumentationen von den Russlanddeutschen zeichnen. Bereits in den 1990er-Jahren, als Hunderttausende Menschen als jüdische Kontingentflüchtlinge und vor allem als deutschstämmige (Spät-)Ausiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion in die Bundesrepublik einreisten, etablierte sich in der Berichterstattung folgendes Muster: Wenn das Verhalten von Spät-/Ausiedlern und jüdischen Kontingentflüchtlingen der öffentlichen Erwartungshaltung von „Deutschen“ bzw. „Juden“ widersprach, so galten beide kollektiv als „Russen“. Dabei entschieden über die „richtige“ oder „falsche“ Identität banale Merkmale wie Ernährungsgewohnheiten oder die Bekleidung. Doch das deutlichste Unterscheidungsmerkmal, so beschrieb es die Anthropologin Tsygalma Darieva¹, war, ist und bleibt der Gebrauch der russischen Sprache.



Tatjana Schmalz
(Foto: Roland Zerwinski)

Wer heutzutage die russische Sprache (als Muttersprache) beherrscht, gehört aus historischen Gründen zum post-sowjetischen Kulturraum, bedeutete doch die seit den 1930ern forcierte „Sowjetisierung“ von Mitgliedstaaten und Bürgern der UdSSR faktisch ihre „Russifizierung“ im Alltag. Und wer zum post-sowjetischen Kulturraum gehört, kann nicht bloß in die „russische Welt“ (russkij mir) vereinnahmt werden. Denn mit der gleichnamigen Ideologie² rechtfertigt Russland wiederholt seine Expansion und Intervention in fremdstaatliche Angelegenheiten, wenn es um die (vermeintliche) Diskriminierung von russischsprachigen „Landsleuten“ oder „Diasporaangehörigen“ ging. Beispielhaft sind der Transnistrien-Konflikt 1992, der Kaukasuskrieg im August 2008 und die Krim-Annexion im März 2014.

Ein weiteres Beispiel ist nun auch der mutmaßliche „hybride Krieg“, den russische Medien im Januar 2016 gegen die Flüchtlingspolitik der deutschen Regierung führten. Dabei war der Auslöser der vermeintliche Missbrauch eines russlanddeutschen Schulmädchens aus Berlin-Marzahn unmittelbar nach der „Kölner Silvesternacht“ 2015/16. Im sogenannten „Fall Lisa“, über den russische Medien wochenlang empathisch berichteten, waren die beiden Höhepunkte zunächst die bundesweiten

¹ Tsygalma Darieva (2004): Russkij Berlin. Migranten und Medien in Berlin und London. Münster, S.97–100.

² Dekoder (o.J.): Russki Mir (<https://www.dekoder.org/de/gnose/ruski-mir>). Zuletzt verwendet am 29.03.2020.

Demonstrationen mit rund 10.000 bis 15.000 russischsprachigen sowie meist AfD-nahen Teilnehmern und sodann die Intervention von Russlands Außenminister Lavrov mit den berühmten Worten: „Ich hoffe, es gibt keine Wiederholung mit Fällen wie dem mit *unseren Mädchen* Lisa (...) und ich hoffe, dass die Migrationsprobleme nicht zu dem Versuch führen werden, die Realität mit *political correctness* aufzupolieren wegen einiger innerdeutscher Absichten.“³

Gerade die Bilder, die von der PEGIDA- und AfD-unterstützten Demonstration vor dem Bundeskanzleramt entstanden, prägten nachhaltig die öffentliche Wahrnehmung von „Russlanddeutschen“.⁴ Dieser Bevölkerungsgruppe haftet seither der paradoxe Ruf an, erz- und nationalkonservative AfD-Sympathisanten zu sein und gleichzeitig als des „Kreml fünfte Kolonne“ die bundesrepublikanische Ordnung jederzeit von innen heraus zu zersetzen. Somit werden Zweio- oder Mehrsprachigkeit nicht länger bloß als kulturelle Bereicherung und wirtschaftlich relevante Ressource wahrgenommen, sondern als eine Eigenschaft, die die Gretchenfrage nach der staatsbürgerlichen Loyalität zulässt.

Obwohl sich also gewisse Muster der Berichterstattung wiederholen, gibt es doch begriffliche Neuerungen. Was also ist der Unterschied zwischen „Russen“ damals und „Russlanddeutschen“ heute? Während der Begriff „Russen“ in den 1990ern eine ethnisch-kulturelle und oftmals sogar emotionale Distanz zu den Zuwanderern ausdrückte, erkennt der Begriff „Russlanddeutsche“ inzwischen an, dass die Zuwanderer im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft sind. Damit steht der Begriff „Russlanddeutsche“ in einer Reihe mit „Deutsch-Türken“, „Deutsch-Italienern“ und vielen weiteren.

Diese in den Medien weit verbreitete Bedeutung ist jedoch das Gegenteil von der Definition des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold: „„Russlanddeutsche“, das ist heute in Deutschland der umgangssprachliche Name für die Deutschen, die früher nach Russland ausgewandert sind und später, meist erst Generationen später, zurückkehrten.“⁵

Um Missverständnisse zu vermeiden, werden Varianten wie „Deutsche aus Russland“ beispielsweise von der „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland“ verwendet, wobei „Russland“ als historischer Begriff zu verstehen ist. Denn es war bekanntlich das „Russische Reich“, wohin im 18. und 19. Jahrhundert vor allem Bauern und Handwerker aus deutschen Kleinstaaten auswanderten und sich ein neues Leben aufbauten. Zugleich ist „Russland“ in der Bedeutung „Russisches Reich“ auch eine Abgrenzung von der Sowjetunion, deren Nationalitätenpolitik vor, während und nach dem „Großen Vaterländischen Krieg“ (1941–1945) viel Leid über die deutsche Minderheit sowie andere Bevölkerungsgruppen brachte.

Inzwischen lebt die Mehrheit der damaligen „Sowjetbürger deutscher Nationalität“ als Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland vor allem in Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Dass ihre Geschichte wie auch die Geschichten vieler anderer Zuwanderungsgruppen im Einwanderungsland Deutschland weithin unbekannt ist, macht sie in Zeiten diplomatischer Konflikte streitbar, wenn nicht gar umstritten. Da hilft nur sachliche, flächendeckende Aufklärung über die Geschichte dieser Bevölkerungsgruppen. Glücklicherweise zeigt sich gerade im Fall der „Russlanddeutschen“ eine wachsende Bereitschaft, dass Wissenschaftler und Selbstorganisationen diese überfällige Aufklärung gemeinsam vorantreiben.

³ RT Deutsch: Lawrow zu deutsch-russischen Beziehungen und dem Fall der 13-jährigen Lisa. 26.01.2016, <https://youtu.be/kAPROnLokkY?t=70> 29.03.2020, ab Minute 1:09.

⁴ Für ausführlichere Ergebnisse siehe: Tatjana Schmalz (2019): Zur medialen Integration russlanddeutscher (Spät-)Aussiedler nach dem Fall Lisa und ihrer Mediendarstellung bis zur Bundestagswahl 2017. In: Zeitschrift für Slawistik 64(3), S.445–464.

⁵ Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte (o.J.): Zur Definition (<http://www.russlanddeutsche.de/de/russlanddeutsche/zur-definition.html>) 29.03.2020.

BAMF legt neues Projektkonzept vor „Gemeinsam unterwegs: Identität, Anerkennung, Begegnung“

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge fördert seit Januar 2020 nach einem neuen Konzept: Ein spezielles Integrationsförderangebot erleichtert Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern das Ankommen und die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft. Dieses findet ergänzend zum Integrationskurs statt. Gesetzliche Grundlage ist § 9 Abs. 4 Bundesvertriebenengesetz (BVFG).

Die neu ausgerichtete Maßnahme bietet flexiblere Formate und wurde inhaltlich weiterentwickelt. Interessierte Spätaussiedler/-innen können künftig statt eines Kurses auch komprimiertere Veranstaltungen besuchen. Neben dem Thema „Identität“ wurde „Vielfalt in Deutschland“ als weiteres Thema aufgenommen.

Weitere Themen wie

- » Teilhabe und Partizipation
- » Kommunikation und Medien
- » Möglichkeiten in den Bereichen Beruf, Weiterbildung und Selbstständigkeit
- » Fragen rund um Familie, Erziehung und Bildungswesen in Deutschland

können wie bisher nach Bedarf ausgewählt werden.

Neuerungen

Die Umsetzung erfolgt zukünftig als Kurs mit 50, 100 oder 200 Unterrichtseinheiten oder in Form von kürzeren Veranstaltungen.

- » Neben dem Kursformat wird das Angebot über Veranstaltungen, Tagesveranstaltungen und Exkursionen ergänzt.
- » Für ehrenamtliches Engagement, das den Teilnehmenden der Maßnahme zugutekommt, ist es möglich, eine Ehrenamtspauschale zu beantragen.
- » Die Fördermodalitäten wurden angepasst.

Den Antrag auf Zuwendung für die Maßnahme und weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite: www.bamf.de/gemeinsam-unterwegs

Kontakt

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Service Center: Telefon: +49 (0)911/943-0, E-Mail: service@bamf.bund.de



Teilnahmeberechtigt

sind Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes, deren Ehepartnerinnen und Ehepartner, Abkömmlinge und weitere Familienangehörige, die gemeinsam mit den Spätaussiedelnden nach Deutschland eingereist sind (§ 4, 7, 8 BVFG), die mindestens 16 Jahre alt sind und Sprachkenntnisse auf dem Niveau der Stufe B1 besitzen. Anbieter der Kurse sind gemeinnützige Organisationen: zentrale Organisationen und Verbände, Vertriebeneninstitutionen, Kirchen, anerkannte Träger der politischen Bildung, Migrantenorganisationen, Kommunen und sonstige Einrichtungen, die mit der Zielgruppe in Kontakt sind.

„SO WIRD GESCHICHTE ERLEBBAR GEMACHT!“

**Heiko Hendriks besucht die neue Dauer-
ausstellung über das Barackenlager Lette**



Auf Einladung des Vorsitzenden des Vereins „Denkmal Barackenlager Lette“, Harald Dierig, besuchte Heiko Hendriks die Ausstellung über das ehemalige Durchgangslager sowie den Heidefriedhof des ehemaligen Barackenlagers in Coesfeld, der seit August 2019 mit einer neu erstellten Dauerausstellung im Heimathaus Lette unter Einbindung des eigentlichen Barackenlagers sowie des Heidefriedhofs nunmehr endgültig zu einem echten Lern- und Gedenkort für die Geschichte von Flucht- und Vertreibung der Deutschen während und nach dem 2. Weltkrieg geworden ist. Die Baracken waren von 1945 – 1947 unter anderem ein Durchgangslager und dann bis 1960 ein Altenheim für deutsche Heimatvertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten sowie aus Siedlungsgebieten von Deutschen in anderen Regionen Ost- und Ostmitteleuropas.

U. a. mit Mitteln des Landes und der Nordrhein-Westfalen-Stiftung hat der Verein im Heimathaus in Lette diese neue Dauerausstellung eingerichtet, die neben der Geschichte des Lagers

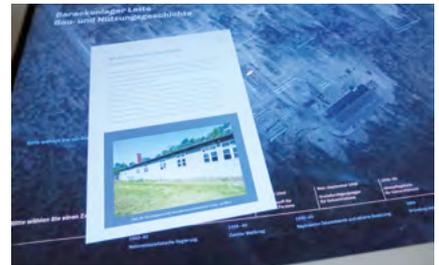


↑ Heiko Hendriks zusammen mit dem Vereinsvorsitzenden Harald Dierig (Foto: Martha Elsbecker)

← Gedenkstein auf dem Heidefriedhof und Eindrücke aus der Dauerausstellung (Foto: Heiko Hendriks)



Ausstellungsfoto des Barackenlagers (Foto: Verein DBL)



Eindrücke aus der Dauerausstellung (Fotos: Heiko Hendriks)

auch die Themen Vertreibung, Integration, Heimat, Herkunft und Nation aufgreift. Unter anderem können Besucherinnen und Besucher mit Hilfe eines Multimedia-Tisches anhand von virtuellen Karten die unterschiedliche Nutzung des Lagers zu verschiedenen Zeiten sehen. Neben Exponaten und weiteren Schautafeln verdeutlichen auch zahlreiche Zeitzeugeninterviews die wechselvolle Geschichte der Menschen, die ihren Lebensabend im Barackenlager verbracht haben. Auf dem in der Nähe befindlichen Heidefriedhof sind u. a. Gedenkstelen aufgestellt worden sowie erläuternde Schautafeln. Heiko Hendriks war nach seinem Besuch sehr angetan, dass „es gelungen ist, einen Lern- und Gedenkort am historischen Ort zu schaffen, der anregt, sich auch mit diesem Teil der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen.“ So wie der Vereinsvorstand auch, hofft er, dass in absehbarer Zeit auch ein Teil der Baracken, die sich zurzeit noch im Privatbesitz befinden, mit in den Lernort eingebunden werden können.



Kontakt

Die Ausstellung ist **jeden Dienstag** in der Zeit von 9.00 bis 12.30 Uhr sowie **donnerstags** von 15 bis 18 Uhr und an jedem **ersten Sonntag** im Monat von 15 bis 17 Uhr geöffnet. Gruppen können auch außerhalb der Öffnungszeiten das kleine Museum besuchen. Führungen werden angeboten.

Näheres unter:
02546 / 234 und 02546 / 7390. Die Ausstellung befindet sich im Heimat-
haus Lette, Bahnhofsallee 10, 48653
Coesfeld-Lette

[www. Barackenlager-Lette.de](http://www.Barackenlager-Lette.de)

DER HEIDEFRIEDHOF

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand der Heidefriedhof im Letter Bruch. Damals befand sich hier ein Reichsarbeitsdienstlager, das nach dem Ende des Krieges als Auffang- und Durchgangslager für die zahlreichen Vertriebenen aus Schlesien diente. Die Bewohner des Altenheims, das rund drei Kilometer außerhalb

des Ortes Lette lag, konnten die langen Wege bis zum katholischen Friedhof bei Beerdigungen und Grabbesuchen kaum oder nicht bewältigen und wünschten sich dringend eine nahegelegene Begräbnisstätte. Am 7. November 1950 genehmigte der Regierungspräsident den neuen Friedhof.



Gemeinsam mit Vereinsmitgliedern des Heimatkreises Stolp e.V. (Foto: MKW NRW)



Fahne des Landkreis Stolp / Pommern (Foto: MKW NRW)



Patenschaftsurkunde des Landkreises Bonn über Stolp (Foto: MKW NRW)

Besuch der Stolper Heimatstube in Bonn

Heiko Hendriks: „Beeindruckendes ehrenamtliches Engagement“

Auf Einladung des Vorsitzenden des Stolper Heimatkreises e.V., Uwe Kerntopf, besuchte Heiko Hendriks die Stolper Heimatstube in Bonn-Auerberg. Vor Ort konnte er sich von der umfangreichen Sammlung und der ehrenamtlichen Arbeit der Vereinsmitglieder überzeugen, die mittlerweile drei Generationen umfasst.

Neben einer Sammlung an Erinnerungsstücken aus Pommern bzw. Stolp beherbergt die Heimatstube auch ein umfangreiches Archiv an alten Dokumenten und Schriftstücken aus der Region, die von Vertriebenen mitgebracht oder von ihren Nachfahren zur Verfügung gestellt wurden.

Ein häufig genutztes Angebot sind die Möglichkeiten zur Familienforschung. „Viele jüngere Leute interessieren sich heute wieder dafür, woher ihre Vorfahren kommen und wie sie gelebt haben. Hierbei helfen wir mit unserer Sammlung gerne

weiter“, so Uwe Kerntopf. „Aber auch unsere regelmäßigen Fahrten nach Pommern, bei denen wir unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den polnischen Nachbarn durch gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten zusammenbringen, sind sehr beliebt“, so Uwe Kerntopf weiter. Eine der größten Herausforderungen für die Vereinsmitglieder ist momentan die Digitalisierung des Bestandes. Auf diese Weise sollen die Informationen über das Kulturgut und das Leben im Landkreis Stolp auch für die Nachwelt dauerhaft erhalten werden.

„Das ehrenamtliche Engagement der Vereinsmitglieder in der Stolper Heimatstube haben mich beeindruckt. Auch die Räumlichkeiten, die dankenswerterweise von der Stadt Bonn zur Verfügung gestellt werden, bieten eine gute Anlaufstelle für all diejenigen, die aus Stolp stammen bzw. Vorfahren aus Stolp haben, um sich zu informieren und ihre Wurzeln gemeinsam zu erforschen“, resümiert Heiko Hendriks seinen Besuch vor Ort.



Am 1. Juli 1956 hat der Landkreis Bonn eine Patenschaft über den Stadt- und Landkreis Stolp in Pommern übernommen. Stupsk / Stolp gehört heute zur polnischen Woiwodschaft Pommern und ist Verwaltungssitz des gleichnamigen Landkreises.



Zu den Gratulanten gehörten auch der Parlamentarische Staatssekretär Klaus Kaiser (oben), Vertriebenen- und Aussiedlerbeauftragter Heiko Hendriks (Mitte) sowie der SPD-Landtagsabgeordnete und Stiftungsvorstand Andreas Bialas, der das Festprogramm auch als Rezitator mitgestaltete (unten) (Fotos: VABNRW)



REINHARD GRÄTZ wurde 2000 der Ehrenring der Stadt Wuppertal verliehen. Außerdem ist er seit 1995 Ehrenbürger der Bergischen Universität Wuppertal und wurde mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Reinhard Grätz: Schlesier, Politiker und Brückenbauer

„Man wundert sich, wie er dies alles geschafft hat“, dieser Satz prägte ein Stück den Empfang zum achtzigsten Geburtstag von Reinhard Grätz, den das Gerhart-Hauptmann-Haus für seinen Kuratoriums-Vorsitzenden im Februar ausrichtete. Auch der Jubilar selbst wiederholte diesen Satz, wenngleich ein wenig abgewandelt: „Ich habe mich gerade noch einmal gewundert, wie ich das alles geschafft habe“, stellte Reinhard Grätz in seiner Rede fest. Fürwahr!

Reinhard Grätz kann auf ein bewegtes und erfolgreiches Leben zurückblicken: Der am 11. Februar 1940 in Wüstegiersdorf, Landkreis Waldenburg in Schlesien geborene SPD-Politiker absolvierte nach dem Schulbesuch eine Lehre als Ofensetzer und Fliesenleger und war bis 1959 als Handwerksgeselle tätig. Anschließend besuchte er die Staatliche Ingenieurschule und beendete diese als Diplom-Ingenieur. Er arbeitete zuerst als Betriebsingenieur Berlin und war 1964 bis 1980 als Versuchsingenieur im Institut für Ziegelforschung in Essen tätig. Bereits 1957 trat er der SPD bei und fungierte fünf Jahre als Unterbezirksvorsitzender der Jungsozialisten in Wuppertal. Von 1975 bis 1994 war er Mitglied im SPD-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen, wo er als bildungs- und medienpolitischer Sprecher fungierte. Dem Landtag von Nordrhein-Westfalen gehörte er von 1970 bis 2000 an. Dort war er u. a. 10 Jahre lang Vorsitzender im Ausschuss für Schule und Kultur sowie von 1985 bis 1990 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion. Ferner war er von 1985 bis 2009 Vorsitzender des Rundfunkrats des WDR. Seit nunmehr 16 Jahren ist Reinhard Grätz Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf. Nicht nur in dieser ehrenamtlichen Funktion hat er als Brückenbauer zwischen seiner „alten“ und „neuen“ Heimat gewirkt und wirkt, zur Freude vieler, weiterhin.

Siebenbürgen – eine einmalige Kirchenburgenlandschaft



VON RAINER LEHNI

Der Landes- und Bundesvorsitzende des Verbandes der Siebenbürger-Sachsen in Deutschland, Rainer Lehni, referierte vor vollen Rängen im Gerhart-Hauptmann-Haus über die Kirchenburgenlandschaft in Siebenbürgen. Mit dabei war auch der Beauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks, der im Frühjahr 2019 bei seinem Besuch der deutschen Minderheit in Rumänien selbst einige dieser Anlagen bewundern konnte.

Die historische Provinz Siebenbürgen bildet heute die zentrale Provinz von Rumänien, zu dem Siebenbürgen seit 1918 gehört. Davor war es Teil des mittelalterlichen Königreichs Ungarn, ein selbständiges Fürstentum unter osmanischer Oberhoheit sowie Teil der Habsburgermonarchie. Die ersten Siedler aus dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation wurden Mitte des 12. Jahrhunderts durch den ungarischen König im Karpatenbogen angesiedelt, mit dem Ziel die Grenzen seines Reiches gegen Überfälle von jenseits der Karpaten zu schützen. In Siebenbürgen selbst lebten über Jahrhunderte Siebenbürger Sachsen, Ungarn und Rumänen nebeneinander. Hinzu kamen kleinere Gruppen von Armeniern, Juden und Roma.

Typisch für das heutige Siebenbürgen sind die rund 150 erhaltenen Kirchenburgen der Siebenbürger Sachsen, die sich zum größten Teil im südlichen Siebenbürgen befinden. Weniger bekannt sind die Kirchenburgen der Szekler, einer ungarischsprachigen Bevölkerungsgruppe, die im Osten Siebenbürgens lebt.

Bereits kurz nach der Ansiedlung begann man Bauern- oder Fluchtburgen zu bauen. Da sich diese meistens außerhalb einer Ortschaft befanden und im Notfall schwer erreichbar waren, konzentrierten sich die Siebenbürger Sachsen etwa ab Ende des 13. Jahrhunderts mit der Befestigung ihrer Kirchen, die sich entweder in der



Ortsmitte oder auf einer nahen Anhöhe befanden. Die „Geburtsstunde“ der heutigen Kirchenburgen waren jedoch die osmanischen Einfälle in Siebenbürgen ab 1420. Diese kriegerischen Auseinandersetzungen führten zum weiteren Ausbau der Befestigungsanlagen rund um die Gotteshäuser und zu der heutigen Form der Kirchenburgen, die bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts abgeschlossen waren.

Es gibt in Siebenbürgen verschiedene Formen der Kirchenburgen. Von der einfachen Wehrkirche mit einem befestigten Glockenturm, geht es über Wehrkirchen mit Wehgeschossen über dem Chor der Kirche bis hin zur klassischen Kirchenburg, die mit Türmen, Basteien und Ringmauern vollständig umgeben ist. In diese konnte sich im Notfall die Dorfbevölkerung mit samt dem Vieh zurückziehen, wo selbst Schulunterricht weitergeführt wurde.

Kirchenburgen gibt es nicht nur in Siebenbürgen, man findet diese etwa auch in Unterfranken, Thüringen, Baden-Württemberg bis hin nach Schweden, Frankreich und Spanien. In der Größe und Dichte allerdings findet man sie nur in Siebenbürgen. Das macht Siebenbürgen zwar nicht zu einer einzigartigen, jedoch zu einer einmaligen Kirchenburgenlandschaft. Nicht zuletzt deswegen wurden die Kirchenburgen in Birthälm, Tartlau, Deutsch-Weißkirch, Keisd, Wurmloch und Kelling sowie die Szekler-Kirchenburg in Derzs in den 1990er Jahren in das Weltkulturerbe der UNESCO mit aufgenommen.

Durch die Aussiedlung der meisten Siebenbürger Sachsen nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem nach 1990



*Heiko Hendriks
zusammen mit
Rainer Lehni am Ende
der Veranstaltung
(Foto: MKW)*

hauptsächlich nach Deutschland, sind viele dieser Kirchenburgen heute verwaist. In vielen Dörfern gibt es nur noch eine Handvoll Siebenbürger Sachsen, in etlichen Dörfern gar keine mehr. Die klein gewordene Evangelische Kirche A.B. in Rumänien, als Eigentümerin dieser Kirchenburgen, versucht mit den geringen personellen wie finanziellen Ressourcen diese zu erhalten. Auch wenn zahlreiche Kirchenburgen heute in einem schlechten Zustand dastehen, einige wenige sind auch teilweise oder ganz eingestürzt, gibt es hoffnungsvolle Lichtblicke. Die Heimatortsgemeinschaften der ausgewanderten Siebenbürger Sachsen tragen bei Renovierungsarbeiten wesentlich mit bei. In den letzten Jahrzehnten sind so viele Kirchenburgen

renoviert worden, wie in der gesamten kommunistischen Epoche nicht. Seit dem EU-Beitritt Rumäniens im Jahr 2007 konnten zudem mit europäischen Fördergeldern zahlreiche Renovierungsarbeiten finanziert werden. Auch der Deutsche Bundestag hat 2019 Unterstützung für Sofortmaßnahmen bewilligt. Die Restaurierungs- und Renovierungsarbeiten werden größtenteils von der 2015 ins Leben gerufenen Stiftung Kirchenburgen koordiniert, die unter der gemeinsamen Schirmherrschaft des deutschen Bundespräsidenten und des rumänischen Staatspräsidenten steht.

Es heißt, die Siebenbürger Sachsen hätten die Lutherworte „Ein feste Burg ist unser Gott“ wörtlich genommen und ausgeführt. Die Kirchenburgen sind zum Symbol ihres Behauptungswillens gegen alle Widrigkeiten einer bewegten Geschichte geworden.



*Von links nach
rechts: Die Kirchen-
burgen in Zeiden,
Baaßen und Klein-
schenk
(Fotos: Rainer
Lehni; Kleines Foto
links oben: MKW)*

IM GESPRÄCH

MIT ...

Dr. Frank Hoffmann von der Ruhr-Universität Bochum -

DURCH ZEITZEUGEN DIE SED-DIKTATUR GREIFBAR MACHEN



Dr. Frank Hoffmann, Institut für Deutschlandforschung Ruhr-Universität Bochum

(Foto: Institut für Deutschlandforschung)

2020 jährt sich die deutsche Wiedervereinigung zum 30. Mal. Mittlerweile ist die erste Generation herangewachsen, die die deutsch-deutsche Teilung nicht mehr selbst miterlebt hat. Als Beauftragter der Landesregierung ist Heiko Hendriks auch Ansprechpartner für die in NRW lebenden DDR-Übersiedler, die oftmals auch politische Häftlinge in der DDR waren. Dr. Frank Hoffmann vom Institut für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum erläutert in diesem Interview, warum die Arbeit mit Zeitzeugen an Schulen zum Thema „SED-Unrecht“ heute wichtiger denn je ist und welche wissenschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben er in diesem Themenfeld noch sieht.

Sehr geehrter Herr Dr. Hoffmann, Sie begleiten seit 2008 das Zeitzeugenprojekt der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e.V.) an Schulen in NRW. Können Sie kurz das Projekt skizzieren und wie Sie die Zeitzeugengespräche wissenschaftlich einbetten?

Im VOS-Zeitzeugenprojekt erzählen Menschen aus der DDR ihre Lebensgeschichte. In über 300 Veranstaltungen haben sie jungen Menschen in NRW sowohl vom Alltag in der SED-Diktatur berichtet, etwa von Schule und Beruf, als auch vom „Zusammenstoß“ mit dem System. Dazu gehören Inhaftierungen aus politischen Grün-

den, Fluchtversuche oder die Besetzung einer Botschaft. Thematisch bietet das Projekt also ein breites Spektrum: von der Nachkriegszeit bis in die 1980er Jahre. Moderation und Begleitung ist als Service für die Lehrerinnen und Lehrer gedacht. Dazu bieten wir, z. B. mit unserem Sammelband zuverlässiges Material zur Vorbereitung. Am wichtigsten bleibt aber, dass die Zeitzeugen mit den Schülerinnen und Schülern auf Augenhöhe ins Gespräch kommen. Deren Meinung haben wir übrigens in Fragebögen erhoben, was sogar Basis einer Magisterarbeit wurde.

Welche Rolle können Zeitzeugengespräche bei der Geschichtsvermittlung im Schulunterricht einnehmen? Wo sind Grenzen gesetzt?

Es muss klar sein: Wir erzählen eine Geschichte aus der DDR, nicht die Geschichte der DDR. Insofern gibt das Gespräch einen Impuls zur näheren Befassung mit der DDR, schafft Motivation, etwa am Beginn einer Unterrichtsreihe, oder auch als Ausblick. Aber eine Veranstaltung mit Zeitzeugen kann guten Unterricht stets nur unterstützen, niemals ersetzen. Die Vor- und Nachbereitung in der Schule ist uns daher sehr wichtig.

Wie würden Sie Ihre bisherigen Erfahrungen im Sinne einer Bilanz zusammenfassen? Verändern sich die Fragen der Schülerinnen und Schüler, je länger die deutsche Teilung zurückliegt?

Es geht in den Gesprächen mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen um Verrat und Treue, Angst, Verzweiflung und Hoffnung, persönliche Träume, also die *conditio humana*. Daher ist die Aufmerksamkeit in den Schulen immer hoch, viele Fragen kreisen ums Menschliche. Dagegen steht die „Stasi“ nicht mehr so im Fokus; und das ist gar nicht verkehrt.

Wie könnte man die jüngeren Generationen, auch außerhalb von Schule oder Hochschule, stärker für die Themen „DDR-Aufarbeitung“ und „SED-Unrecht“ interessieren?

Einen zentralen Zugang eröffnen hier die Gedenkstätten, wobei ich bei allem Respekt vor der wichtigen Arbeit in Hohenschönhausen gern dazu ermutige, auch Erinnerungsorte wie z. B. den Jugendwerkhof in Torgau zu besuchen. Wie hier mit 15-Jährigen umgegangen wurde, das lässt niemanden kalt. Daneben spielen Spielfilme natürlich eine große Rolle. Schade, dass es Bücher eher schwer haben. Denn viele eröffnen wirklich tiefe Einblicke.

Welche Herausforderungen sehen Sie – aus wissenschaftlicher, aber auch gesellschaftlicher Perspektive – in Bezug auf das Thema „DDR-Aufarbeitung“?

Dank der Bundesstiftung Aufarbeitung, der Gedenkorte, der Bundes- und Landesbeauftragten und vieler junger Forscherinnen und Forscher bleibt das Thema gut aufgestellt. „Ausgeforscht“ ist die DDR noch lange nicht. Allerdings scheint gerade zum 30. Jahrestag das öffentliche Interesse stärker bei den Traumata und Enttäuschungen im Prozess der deutschen Vereinigung und der Zeit danach zu liegen. Das verdient Respekt. Trotzdem bedeutet das nicht, dass man über die Fehler im Vereinigungsprozess die Verbrechen im SED-Staat vergessen oder relativieren darf. Daher zielt alle zeithistorische Aufarbeitung darauf, den unaufhebbaren Unterschied von Diktatur und Demokratie aufzuzeigen.



Kontakt

Ruhr-Universität Bochum, Institut für Deutschlandforschung, Handbibliothek

Dr. Frank Hoffmann (Wiss. Mitarbeiter)
0234 / 32-27863
frank.hoffmann-2@ruhr-uni-bochum.de
Universitätsstraße 150
D-44801 Bochum



Zeitzeuge Peter Hippe im Burgau-Gymnasium in Düren, 24. Februar 2016: „Großveranstaltung in der Aula“ (Foto: Dr. Frank Hoffmann)



Christoph Becke in der August Dicke Schule in Solingen, 29. Februar 2016: „Gespannte Aufmerksamkeit“ (Foto: Dr. Frank Hoffmann)

Sehenswerte Ausstellung über die SED-Diktatur

Ausstellung „Die Mauer“ regt zum Nachdenken an

Im November 2019 eröffneten der Bürgermeister der Stadt Emsdetten, Georg Moenikes, sowie der Zeitzeuge Alexander Richter gemeinsam mit Heiko Hendriks die Ausstellung „Die Mauer“ im Emsdettener Rathaus. Dort war sie noch bis Ende November 2019 zu sehen und soll demnächst an weiteren Orten zu sehen sein.

Die Ausstellung, bestehend aus zwanzig Tafeln, macht mit zahlreichen Fotos und erläuternden Texten deutlich, wie die Mauer entstand und welche politischen und gesellschaftlichen Folgen sich für die Menschen, aber auch für das geteilte Land daraus ergaben. Unterschiedliche Schwerpunkte erläutern die Funktionsweise der Volksarmee, des damaligen Grenzsystems, aber auch den Alltag mit der Mauer sowie Fluchtversuche und Menschenhandel, der wegen der Grenze stattgefunden hat. Konzipiert und erstellt wurde die Ausstellung von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Mittlerweile wurden die Tafeln vom „Zeitzeugen-Projekt NRW ehemaliger politischer Häftlinge der DDR“ erworben und bereits mehrfach in NRW, insbesondere an Schulen, gezeigt.

Alexander Richter, Leiter des Zeitzeugen-Projekts, hat sich dafür eingesetzt, dass die Ausstellung in Emsdetten gezeigt werden kann. Er war selbst in der DDR wegen einer geplanten

Buchveröffentlichung in Haft. 1982 wurde er in Potsdam auf offener Straße verhaftet und wegen „staatsfeindlicher Hetze“ ins Gefängnis gesteckt. Diese Zeit bezeichnet Alexander Richter noch heute als die schlimmste seines Lebens. 1985 wurde er von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft und konnte in den Westen ziehen. Seitdem wohnt er in Emsdetten. Nun engagiert er sich in NRW, indem er vor Schulklassen über seine Geschichte in der SED-Diktatur berichtet. Auch bei der Ausstellungseröffnung in Emsdetten war ein Leistungskurs des hiesigen Gymnasium Martinum dabei, der sich in vier Gruppenprojekten mit der Ausstellung und der Geschichte der Mauer beschäftigt hat. Im Anschluss an die Ausstellungseröffnung präsentierten die Schülerinnen und Schüler ihre Ergebnisse: ein Video, ein Radiointerview, ein Planspiel und eine Theater-Diskussion.

„Gerade dieser Aspekt hat mich bei der Ausstellung besonders überzeugt und gefreut, nämlich, dass sie eingebunden ist in die Arbeit mit Jugendlichen, die sich Gedanken über die Geschichte der Mauer machen und daraus eigene, kreative Projekte entwickeln“, resümierte Heiko Hendriks seinen Besuch in Emsdetten. „Ich hoffe, dass die Ausstellung noch an vielen weiteren Orten in NRW zu sehen sein wird und viele Besucherinnen und Besucher erlebt!“



Links: Eröffnung der Ausstellung durch Heiko Hendriks und Bürgermeister Moenikes (li.) sowie dem Zeitzeugen Alexander Richter (re.) (Foto: Martina Rodrigues, MKW)

Rechts: Plakat der Ausstellung (Foto: Martina Rodrigues, MKW)

ÜBERLEBEN IN UND NACH HOHENECK

Zum Buch „Freundschaft trotz Mauern“

BUCHREZENSION VON CALVIN HUHN

Nachdem das Buch „Eingesperrte Gefühle bahnen sich ihren Weg – Burg Hoheneck und ein Leben danach“, Geest-Verlag, über das berühmte Frauengefängnis der DDR von Marie-Luise Knopp große Aufmerksamkeit erfuhr, entschloss sich die Autorin, ein zweites Buch zu diesem Thema herauszugeben.

Sie nahm die Notizen ihrer bereits verstorbenen Freundin als Grundlage, vervollständigte und überarbeitete diese und veröffentlichte sie in diesem Buch. So setzte sie ihr damit ein Denkmal. In dem Schreibprozess wurde zufällig auch eine ehemalige Inhaftierte auf das Buch aufmerksam. Vor vielen Jahren ist diese ihrer schrecklichen Vergangenheit entkommen und letztendlich bis nach Australien geflohen. Ermutigt durch Marie-Luise Knopp, wollte auch sie sich von der Last der Vergangenheit befreien und schrieb ihre Geschichte auf, die ebenfalls in diesem Buch veröffentlicht wurde. Hinzu kam ein weiterer Zeitzeuge, der zusätzlich eine ganz andere Sicht auf diesen Abschnitt deutscher Geschichte ermöglichen konnte.

In dem Buch geht es allerdings vor allem darum, wie wichtig Freundschaft in dieser schweren Zeit war.

Textausschnitt: Brief von Marie an ihre Freundin Kristel: „Liebe Kristel, Erinnerst du dich an die vielen Stunden, in denen wir gemeinsam an dem vergitterten Fenster standen, um das Lachen der Sterne zu hören? Wir warteten



Marie-Luise Knopp: Freundschaft trotz Mauern – Überleben in und nach Hoheneck

Geest-Verlag 2020; Preis: 12, 50 Euro
ISBN: 978-3-86685-756-8

auf ein Zeichen, auf eine kleine Botschaft, die uns hoffen ließ, bald gemeinsam unsere Tiefe Freundschaft in Freiheit leben zu können.“

Es wird auch geschildert, wie es den Frauen gelang, in ihrem Leben nach Hoheneck wieder Fuß zu fassen. Das Buch fordert hierbei berührend zur Vergangenheitsbewältigung auf und das auf eine lebhaft und emotionale Art und Weise.

Ich kann das Buch allen empfehlen, die sich für die Ost-West-Geschichte aus erster Hand von Betroffenen interessieren.

Der Autor Calvin Huhn ist 22 Jahre und Student.

Kultureinrichtungen in NRW: **DAS WESTPREUßISCHE LANDESMUSEUM**

In dieser Ausgabe des VAS-Journals setzen wir unsere Porträt-Reihe der großen Kultureinrichtungen in NRW aus dem Bereich der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler fort. Diesmal stellen wir das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf vor. Der Leiter des Museums, Dr. Lothar Hyss, hat uns in einem Interview die wichtigsten Fragen zur Arbeit des Museums beantwortet.

Franziskanerkloster Warendorf, Westpreußisches Landesmuseum (Foto: A. Auer)





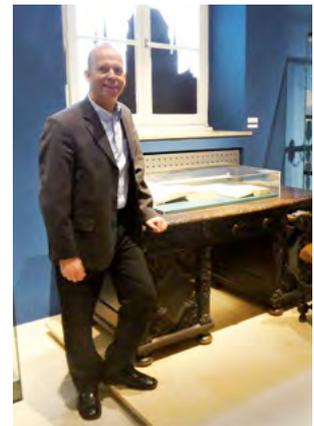
Mitten im Münsterland ist in Warendorf das Westpreußische Landesmuseum ansässig. Warum ausgerechnet in Westfalen? Im Jahr 1960 übernahm der Landschaftsverband Westfalen-Lippe eine Patenschaft für die Region Westpreußen. In den folgenden Jahren wurde deutlich, dass die Bestände an Erinnerungsstücken von den Heimatvertriebenen immer größer wurden und eine strukturierte Sammlung zu ihrer Erhaltung notwendig war. So wurde 1975 schließlich das Dokumentations- und Kulturzentrum Westpreußen als Teil des Westfälischen Landesmuseums errichtet. Einerseits war damit eine Anlaufstelle und ein Ort der Erinnerung für die zahlreichen Vertriebenen und Aussiedler aus Westpreußen geschaffen. Andererseits wurde auf diese Weise auch gewährleistet, dass sich auch Interessierte ohne persönlichen Hintergrund im Museum über die Region und ihre Kultur informieren konnten. Viele Jahre war das Dokumentationszentrum im Westfälischen Landesmuseum in Münster-Wolbeck ansässig, bis es 2013 dann ins ehemalige Franziskanerkloster nach Warendorf zog.

Eine Dauerausstellung informiert heute durchgängig zur westpreußischen Geschichte, beispielsweise über die Hansestädte Danzig oder Elbing, aber auch zu den Auswirkungen des Ersten und Zweiten Weltkrieges bis hin zu Flucht und Vertreibung. Doch auch den Weg in die heutige Zeit weist die Dauerausstellung auf: landsmannschaftliche Aktivitäten, Formen der Erinnerungskultur und ein deutsch-polnisches Partnerschaftsprojekt zeigen, wie die westpreußische Kultur heute gelebt wird.

Sonderausstellungen, wie sie in 2020 beispielsweise zu den Auswirkungen des Versailler Vertrages auf die Provinz Westpreußen oder zu Exil-Künstlern der ehemaligen deutschen Gebiete im Osten Europas gezeigt werden, runden das Programm ab. Zusätzlich können Interessierte →



Patenschaftsurkunde des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe über die Landsmannschaft der Westpreußen von 1962 (Foto: MKW).



Heiko Hendriks bei seinem Besuch im Landesmuseum im Frühjahr 2018 (Foto: MKW)

KULTURREFERAT WESTPREUBEN

Auch am westpreußischen Museum in Warendorf ist ein Kulturreferat angesiedelt: Magdalena Oxfort kümmert sich als Referentin nicht nur um die Vermittlung westpreußischer Kultur in der Öffentlichkeit in Deutschland, sondern auch um die Durchführung von grenzüberschreitenden Veranstaltungen wie Seminaren und Vortragsreihen. Auf diese Weise wird die enge Zusammenarbeit des Hauses in Warendorf mit den polnischen Partnern weiter gefestigt.

Die vom Bund geförderten Kulturreferate wirken im Bereich der kulturellen Vermittlung und Bildung und verfügen über einen eigenen Förderetat.

Kontakt



Klosterstraße 21 · 48231 Warendorf
 Telefon: 02581/92 777-0 · Fax: 02581/92 777-14
 E-Mail: info@westpreussisches-landesmuseum.de
www.westpreussisches-landesmuseum.de

am Museum ein besonderes Angebot in Anspruch nehmen: diverse Tafel-Ausstellungen zu verschiedenen Themen können kostenfrei im Museum ausgeliehen werden, um sie andernorts zu zeigen. Ergänzend zu den Tafeln gibt es Kataloge in deutscher und in polnischer Sprache. Ein besonderes Merkmal der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, die das Museum pflegt, bildet die Außenstelle des Museums in Krockow/Krokowa, Polen. Seit 1999 wird hier grenzüberschreitende Kulturarbeit gelebt: mit zusammen konzipierten Ausstellungsprojekten beweisen beide Einrichtungen, dass eine gemeinsame Erinnerungskultur trotz der schmerzhaften historischen Erfahrungen auf beiden Seiten möglich ist.

Auch im westpreußischen Landesmuseum findet sich der Ansatz, durch historische Bil-

dung Schülerinnen und Schülern die Themen „Flucht und Vertreibung“ näher zu bringen. Das museumspädagogische Programm „Woher und wohin? Migration gestern und heute“ beispielsweise ist an die Kernlehrpläne des Landes Nordrhein-Westfalen angepasst und vermittelt Schülerinnen und Schülern ein reflektierendes Geschichtsbewusstsein, indem sie sich sowohl mit den historischen Geschehnissen in Westpreußen als auch mit deren Auswirkungen auf ihren eigenen Lebensraum auseinandersetzen. „In Warendorf findet man ein einmaliges und spannendes Angebot der Geschichtsvermittlung für Schulklassen aller Altersstufen – ich hoffe sehr, dass sich die Programme weiterhin so großer Beliebtheit erfreuen werden“, fasst Heiko Hendriks seine Eindrücke zusammen.

Interview mit Dr. Lothar Hyss, Leiter des Westpreußischen Landesmuseums



Dr. Lothar Hyss, Leiter
des Westpreußischen
Landesmuseums
(Foto: Westpreußisches
Landesmuseum)

Herr Dr. Hyss, was erwartet die Besucherinnen und Besucher des Westpreußischen Landesmuseums?

Unsere Besucher/-innen begegnen in Warendorf einer wechselvollen Geschichte des Landes am Unterlauf der Weichsel, dem Friedrich II. am 31. Januar 1773 den Namen WESTPREUSSEN gab. Deutsche, polnische und kaschubische Aspekte werden dabei vornehmlich berücksichtigt. Auch die Nachkriegsereignisse in der Region finden freilich adäquate Darstellung.

Das Foto zeigt den Ausstellungsraum, in dem die Sonderausstellung „BERNSTEIN: Das Gold der Ostsee aus dem Bernsteinmuseum in Danzig/Muzeum Bursztynu w Gdansku“ vom 14. April bis zum 7. Oktober 2018 präsentiert wurde.

Ihr Haus arbeitet eng mit verschiedenen Partnern in Polen zusammen. Wie sieht diese Zusammenarbeit konkret aus und welche Erfahrungen haben Sie dabei gemacht?

Die Zusammenarbeit mit polnischen Partnern besteht bereits seit Jahrzehnten. Sie wurde eingeleitet durch den Mitbegründer des Westpreußischen Landesmuseums (1975) Herrn Hans-Jürgen Schuch. Als ich die Leitung des Museums mit 38 Jahren übernahm, stellte sich für mich die Frage: Wie kann ich die deutsch-polnische Versöhnung und gemeinsame Darstellung der wechselvollen Geschichte des Landes am Unterlauf der Weichsel ohne Missverständnisse vorantreiben? Es ist uns, meiner Wenigkeit und meinen Mitarbeitern gelungen, diese Aufgabe kontinuierlich zu lösen.

Sie probieren in diesem Jahr ein innovatives und neues Konzept der Museumspädagogik aus: gemeinsam mit der Europa AG des Mariengymnasiums Warendorf entwickeln Sie einen sog. „Escape Room“. Können Sie uns dieses Format genauer erläutern?

Das Westpreußische Landesmuseum entwickelt zusammen mit der Europa AG des Mariengymnasiums Warendorf ein inhaltliches Konzept und die Gestaltung eines Escape Rooms.



← Bernstein-Ausstellung 2018
(Foto: Westpreußisches Landesmuseum)

← Kreuzgang im Franziskanerkloster
(Foto: Bruno Krauskopf)

In einem Escape Room bilden die Besucher/-innen ein Team und lösen gemeinsam eine Reihe von aufeinander aufbauenden themenbezogenen Rätseln und suchen versteckte Hinweise, die schließlich zu einer Lösung führen. Der Escape Room kann wieder verlassen werden, wenn die Besucher/-innen innerhalb einer vorgegebenen Zeit die Lösung gefunden haben.

Das Thema dieses Escape Rooms ist eine Flucht aus Westpreußen im Jahre 1945. An diesem Beispiel lernen die Besucher/-innen die Dimensionen von Flucht und Vertreibung kennen und übertragen anschließend das historische Wissen und die Erkenntnisse auf die Gegenwart.

Die Lerninhalte des Escape Rooms werden durch eine Fotoausstellung, den Einsatz von Medien und ein museumspädagogisches Begleitprogramm ergänzt und intensiviert. Das Projekt richtet sich an alle interessierten Besucher/-innen und Gruppen, insbesondere aber an Schulklassen.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 verließen rund eine halbe Million Menschen Deutschland. Unter ihnen befanden sich Künstler verschiedener Sparten, die bereits vor 1933 eine kritische Haltung zum aufkommenden Nationalsozialismus eingenommen hatten oder deren Werke nicht dem Gedankengut und dem Kunst- und Kulturverständnis der Nationalsozialisten entsprachen. Etwa 90 Prozent der Emigranten nach 1933 waren jüdischer Herkunft. Um einer Verfolgung und Inhaftierung zu entgehen, sahen sich viele gezwungen, Deutschland fluchtartig zu verlassen. Unter ihnen befanden sich viele, die bereits bekannt waren und für ihre Arbeit geschätzt wurden. Die Mehrzahl der aus Deutschland vertriebenen Künstler war jedoch unbekannt.

Die Ausstellung des Westpreußischen Landesmuseums widmet sich den überwiegend unbekanntem Malern und Grafikern aus den ehemals deutschen Gebieten im Osten Europas, aus West- und Ostpreußen, Pommern, Posen und Schlesien.

Die ausgewählten Arbeiten stammen aus der über 800 Kunstwerke und 10.000 Bücher sowie Dokumente umfassenden Sammlung des Verlegers Thomas B. Schumann. Sie wird ergänzt mit Arbeiten aus der Gemäldesammlung des Westpreußischen Landesmuseums.



Neuer Termin: Oktober 2020 (ursprünglich geplant für 23. März – 19. April 2020)

Auf welche Veranstaltungen oder Termine möchten Sie für die kommende Jahreshälfte abschließend noch hinweisen?

**»Vergessen aber nicht verloren.
Deutsche Künstler im Exil 1933 – 1945«
10. Dezember 2020 bis März 2021**

IM GESPRÄCH

MIT ...

DR. DAVID SKRABANIA

Kulturreferent für Oberschlesien am Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen



Dr. David Skrabania,
Kulturreferent für
Oberschlesien am
Oberschlesischen Landes-
museum in Ratingen
(Foto: David Skrabania)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat am 26. Februar 1964 die Patenschaft über die Landsmannschaft der Oberschlesier sowie über die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Oberschlesier übernommen. Die aktuelle Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Patenschaft wieder zu leben. Eine wichtige Partnerinstitution hierfür ist das Kulturreferat für Oberschlesien, dessen Leitung Dr. David Skrabania am 1. November 2019 übernommen hat. Dr. Skrabania erläutert in diesem Gespräch seine Aufgaben und welche Projekte er schwerpunktmäßig durchführen möchte.

Herr Dr. Skrabania, seit November 2019 sind Sie Kulturreferent für Oberschlesien. Welchen Aufgaben widmen Sie sich in dieser Funktion?

Es sind insbesondere zwei grundsätzliche Aufgabenbereiche, um die ich mich kümmere: erstens die Projektförderung, in deren Rahmen ich kulturelle Projekte landsmannschaftlicher und anderer Organisationen fördere und begleite, zweitens die kulturelle Breitenarbeit mit dem Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen und verschiedenen weiteren Kooperationspartnern aus Deutschland und Polen, hier insbesondere Institutionen aus Oberschlesien.

Wie würden Sie die ersten Monate Ihrer Tätigkeit bilanzieren? Wo liegen Ihrem ersten Eindruck nach die größten Herausforderungen?

Die ersten Monate waren überaus arbeitsreich, vom Kennenlernen des Arbeitsbereiches, von zahlreichen Terminen mit bestehenden und potenziellen Kooperationspartnern und der Erstellung eines Arbeitsplanes für das Jahr 2020 geprägt. Die größte Herausforderung sehe ich darin, die vielen Hunderttausend in Deutschland und zumal in NRW lebenden Menschen mit ober-schlesischen Wurzeln mit meinem Kulturprogramm zu erreichen, was mir zugleich ein besonders Anliegen ist.

Eine Ihrer Aufgaben ist der „grenzüberschreitende Wissenstransfer zur Kultur und Geschichte Oberschlesiens“. Welche grenzüberschreitenden Projekte planen Sie für das kommende Jahr?

Mit *Podium Silesia* habe ich ein Vortragsformat geschaffen, in dessen Rahmen zahlreiche Wissenschaftler aus Deutschland und Polen interdisziplinär vortragen werden. Zudem sind zu nennen: das digitale Projekt „Vergessenes Erbe“ (www.zapomnianedziedzictwo.pl) oder studentische Exkursionen, wie die von Studenten aus Nieder- und Oberschlesien oder Gegenbesuche deutscher Studenten. Ein Treffen mit dem Vorsitzenden der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Opper Schlesien, Rafał Bartek, und dem Landesbeauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks, im Rahmen eines studentischen Seminars zur Migrationsgeschichte Oberschlesiens an der Ruhr-Universität Bochum sowie eine Podiumsdiskussion im Oberschlesischen Landesmuseum waren für Mai geplant, mussten aber aufgrund der aktuel-



Kulturreferent für Oberschlesien

Dr. David Skrabania, Stiftung Haus Oberschlesien
Bahnhofstraße 71 · 40883 Ratingen (Hösel)
Telefon: 02102/965 434 · E-Mail: skrabania@oslm.de

len Lage in Europa auf einen noch unbekanntem Termin verschoben werden.

Sie sind selbst in Oberschlesien geboren und haben dort ihre ersten Lebensjahre verbracht. Wie würden Sie diese Region, insbesondere auch ihre Kultur, beschreiben?

Oberschlesien ist geprägt von deutschen, polnischen und tschechischen Kultureinflüssen, überdies bestehen starke autochthone kulturelle Eigenarten, die insbesondere auf dem Land und auch in der Diaspora bis heute lebendig sind. Über allem steht die christliche Prägung von Land und Leuten, die sich etwa im religiösen Alltagsleben zeigt oder in dem besonderen Arbeitsethos der Oberschlesier Ausdruck findet. Oberschlesien war im 19. und 20. Jahrhundert eine von Migrationsprozessen jeglicher Art außergewöhnlich stark geprägte Region in Ostmitteleuropa. Vermutlich resultiert daraus, dass die Oberschlesier einerseits überaus mobil sind, andererseits stets eine enge Bindung zur Heimatregion haben.

Gibt es gemeinsame Projekte mit den anderen Kulturreferenten des Bundes, um Themen wie Flucht, Vertreibung und Aussiedlung wieder stärker in den Fokus der Gesellschaft zu rücken?

Gemeinsam mit der Kulturreferentin für Schlesien organisieren wir einmal jährlich das Schlesien-Kolloquium für Nachwuchswissenschaftler,



Patenschaftsurkunde der Landesregierung Nordrhein-Westfalen über die Oberschlesier und ihre Landmannschaft (Foto: OSLM)

wo auch die Themen Flucht, Vertreibung und Aussiedlung behandelt werden. Im Rahmen des Internetblogs www.silesia-news.de thematisieren wird etwa Jahrestage, wie den 75. Jahrestag der *Oberschlesischen Tragödie*. Aktuell ist eine mobile Ausstellung zum Martyrologium ober-schlesischer Geistlicher zwischen 1933 und 1956 in Vorbereitung, die ab der zweiten Jahreshälfte gezeigt werden wird.

ZUR PERSON

Dr. David Skrabania wurde 1981 im ober-schlesischen Tarnowitz geboren und ist 1988 mit seiner Familie in die Bundesrepublik Deutschland ausgesiedelt. Nach einer Ausbildung zum Bauzeichner im Ingenieurbau folgte eine vierjährige Dienstzeit bei der Bundeswehr. Von 2006 bis 2012 studierte er Geschichte und Slavistik an der Ruhr-Universität Bochum. Er war u. a. Stipendiat der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, veröffentlichte zahlreiche Aufsätze zur Geschichte Oberschlesiens und

des Ruhrgebietes und übersetzte geisteswissenschaftliche Publikationen aus dem Polnischen ins Deutsche. Im Jahr 2019 erschien seine Dissertation unter dem Titel „Keine Polen? Bewusstseinsprozesse und Partizipationsstrategien von Ruhrpolen zwischen der Reichsgründung und den Anfängen der Weimarer Republik“. Demnächst erscheint eine gemeinsam mit Andrzej Michalczyk und Bernard Linek verfasste Publikation zur Migrationsgeschichte Oberschlesiens im 19. und 20. Jahrhundert.

„Brünner Köpfe“ in Düsseldorf

Interessante Ausstellung im Gerhart-Hauptmann-Haus

VON DR. RUDOLF LANDROCK

Auf Initiative von BRUNA, dem Verband der aus Brünn vertriebenen Deutschen, wurde im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH) eine Ausstellung über deutsche Persönlichkeiten der letzten sechs Jahrhunderte aus der Stadt Brünn gezeigt. Da das GHH sich im Rahmen seiner Arbeit der Pflege des Kulturerbes der Deutschen aus den früheren Siedlungsgebieten in Mittel- und Osteuropa widmet, kann dies als idealer Ort für eine solche Ausstellung angesehen werden.

Über sechs Jahrhunderte bereicherten die porträtierten Menschen das wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Leben der Stadt. Die Lebensläufe von in Brno/Brünn Geborenen bzw. mit der Stadt verbundenen Persönlichkeiten zeigen den wechselseitigen Austausch und die gute Kooperation über Länder- und Staatsgrenzen hinweg. Brno/Brünn ist heute die zweitgrößte Stadt der Tschechischen Republik und das historische Zentrum Mährens.

Die geladenen Gäste konnten sich schon im Vorfeld der Eröffnung die im Foyer aufgehängten Ausstellungstafeln ansehen. Begrüßt wurden die Teilnehmer der Auftaktveranstaltung vom Leiter des GHH, Prof. Winfrid Halder. Er würdigte die Arbeit der Kulturstiftung der deutschen Heimatvertriebenen und stellte sie in eine Reihe mit weiteren Ausstellungen, die man in Düsseldorf zeigen wolle.

Als Dank für die Zurverfügungstellung von Ausstellungsfläche überreichte der Bundesvorsitzende der BRUNA, Dr. Rudolf Landrock, eine silberne Gedenkmünze der BRUNA an Prof. Halder.

Heiko Hendriks, der Beauftragte der nordrhein-westfälischen Regierung für die Belange der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler, rief in seinem Grußwort dazu auf, Geschichte und Kultur der Vertreibungsgebiete noch viel stärker als bisher weiten Bevölkerungskreisen nahe-

zubringen. Dies sei auch ein Auftrag an Schulen und Universitäten. Er begrüße sehr, dass die BRUNA mit einer solchen Ausstellung in die Offensive gehe, was auch anderen Verbänden als Vorbild dienen könne.

Dr. Rudolf Landrock gab anschließend einen Kurzüberblick über 3.000 Jahre Geschichte in und um Brünn. Dabei skizzierte er anschaulich den Rahmen, in dem sich die porträtierten Brünner bewegten, um den erschienenen Besuchern Verständnis und historische Einordnung der dargestellten Personen zu erleichtern. Außerdem wies er auf die beiden durch die BRUNA herausgegebenen Bücher „Brünner Köpfe“ und das „Lexikon bedeutender Brünner Deutscher“ hin.



Vor den Ausstellungstafeln v. l. n. r.: Dr. Rudolf Landrock, Prof. Winfrid Halder, Dr. Ernst Gierlich (Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen) zusammen mit Heiko Hendriks (Bildnachweis: MKW)

Aspekte der Nachkriegsentwicklung griff der weitere Redner Rüdiger Goldmann von der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf. Er zitierte u. a. aus Leserbriefen der tschechoslowakischen katholischen Presse von 1945 – 1948. Goldmann gab weiter der Hoffnung Ausdruck, dass auch künftig solche Veranstaltungen im Gerhart-Hauptmann-Haus stattfinden mögen. Bei der Pflege und Vermittlung des Kulturerbes der deutschen Vertriebenen hätten sowohl Weiterbildungsinstitute als auch die Politik in Bund und Land die Aufgabe, über Kultur und Geschichte der Deutschen in Mittel- und Osteuropa zu informieren.

Christina Eichmann: Bringen Sie Ihre Familiengeschichten zu Papier!

VON WILHELM MAHN

Kulturreferentin des BdV NRW zu Gast bei der Pommerschen Landsmannschaft NRW

Auf Einladung des Landesvorsitzenden der Pommerschen Landsmannschaft NRW, Adalbert Raasch, trafen sich Ende 2019 die Mitglieder des Vorstandes der Landesgruppe und die Vorsitzenden der Bezirke und der Orts- und Kreisgruppen zur Jahresabschlussstagung im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf. Adalbert Raasch führte in seinem Bericht aus, dass „die kulturellen und geschichtlich geprägten Veranstaltungen der Pommerschen Landsmannschaft stets von dem Dreiklang Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und den Beziehungen zu den Nachbarvölkern geprägt waren und sind. Die Pommersche Landsmannschaft besteht weiter und sollte nach vorne blicken und ihre Arbeit für Kultur und Geschichte ihrer Heimat fortführen. Sie sollte auf Beziehungen bauen, die auf Vertrauen gebaut sind.“

Eine der Hauptreferentinnen war Christina Eichmann, die sich und ihre Arbeit als Kulturreferentin beim Bund der Vertriebenen Nordrhein-Westfalens vorstellte. Diese neu geschaffene Stelle wird aus Mitteln des Ministeriums für Kultur und Wissenschaften NRW finanziert und soll die Arbeit des Dachverbandes noch weiter professionalisieren. Christina Eichmann umriss ihre Aufgaben und verwies auch auf ihre Wurzeln als Russlanddeutsche. Sie forderte alle Anwesenden auf, ihre Familiengeschichten zu Papier zu bringen und an den BdV weiterzureichen, damit die individuellen Geschichten der Vertriebenen für die Nachwelt nicht verloren gingen.

Ein weiterer Referent war Wilhelm Mahn, der ehemalige Kreisvorsitzender des BdV Mönchengladbach, der über die Erstellung der Ausstellung „Dort daheim – hier zu Hause“ berichtete. Er erläuterte den Werdegang der Ausstellung von



BdV NRW Kulturreferentin Christina Eichmann auf der Tagung der Pommern, links im Bild der Vorsitzende Adalbert Raasch (Foto: LM Pommern NRW)

der Planung, der Finanzierung bis zur Fertigstellung, benannte die Autoren des Projektes und die Besonderheiten der Darstellung. Wilhelm Mahn bat die Anwesenden solche Darstellungen für die Öffentlichkeitsarbeit Anwesenden, ebenfalls in ihren Orts- und Kreisgruppen zu erstellen, um der Gesellschaft, in der wir leben, die Lebens- und Schicksalswege ihrer heutigen Mitbewohner zu zeigen. Er bat die Anwesenden, nicht das Argument „es ist doch dafür viel zu spät“ gelten zu lassen. „Es ist nie zu spät etwas für unsere Geschichte und zum Erhalt unserer Kultur zu tun“, so Wilhelm Mahn wörtlich.

Der Landesvorsitzende Adalbert Raasch rief zum Abschluss der Versammlung zur Geschlossenheit auf und bedankte sich bei allen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

TAMARA KUDELIN: DIE WELT IST SCHÖN

BUCHVORSTELLUNG VON AGNES GOSSEN-GIESBRECHT

Ende 2019 erschien das biografische Buch „Die Welt ist schön“. Die Autorin hat darin Erinnerungen an ihren Vater und sein bewegtes Leben und Schaffen beschrieben. Andreas Kramer war ein russland-deutscher Autor der älteren Generation, dessen 100-jähriges Jubiläum im Juni dieses Jahres gefeiert wird. Es gibt im Buch auch einige historische Fotos, Berichte über Lesereisen durch Kasachstan, über Treffen mit Schriftstellerfreunden und auch Geschichten zur Entstehung einiger Gedichte von Andreas Kramer.

Die Autorin sagt zu ihrem Buch: *„Die Welt ist schön“, beinhaltet meine Erinnerungen an das Leben und Schaffen meines Vaters, des russland-deutschen Schriftstellers Andreas Kramer und auch an die Zeit und das Land bzw. Länder, wo er lebte. An Freude und Enttäuschungen, was das Leben so mit sich bringt. Ich teile gerne meine Erinnerungen und freue mich, wenn ich das Interesse geweckt habe.*

Der Journalist und Schriftsteller Andreas Kramer wurde am 11. Juni 1920 in eine Familie von Wolgadeutschen geboren. Im Jahr 1937 begann er im pädagogischen Institut von Engels ASSR der Wolgadeutschen zu studieren, wurde aber bald gezwungen, aus familiären Gründen das Studium abzubrechen. Ein Jahr lang, bis er 1940 in die Rote Armee berufen wurde, arbeitete er für die



Tamara Kudelin: Die Welt ist schön

Direktverkauf telefonisch oder per E-Mail:
Telefonnummer: 06131/504678,
tamara.kudelin@web.de

Preis 10,00 EUR

Kreiszeitung „Rothe Sturm-fahne“. Ab 1941 kämpfte er als Teilnehmer des großen Vaterländischen Krieges an der karelischen Front. 1942 wurde er als Deutscher von der Front abgezogen und in die Arbeitsarmee geschickt, wo er sieben Jahre im Ural arbeitete. Seit 1947 lebte er in der Region Nowosibirsk, seit 1956 in der Altai – Region. Er war ab 1960 Reporter in der ersten deutschsprachigen Zeitung „Arbeit“ und bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1980 war er Leiter der Abteilungsleiter und später stellvertretender Redakteur der Zeitung „Rote Fahne“ in Slavgorod.

Andreas Kramer begann schon als Schüler Gedichte zu schreiben. Seine Gedichte und Reportagen wurden in den Vorkriegsjahren in deutschsprachigen Zeitschriften und Zeitungen veröffentlicht. Seit den 50-er Jahren wird er in den deutschsprachigen Zeitungen „Neues Leben“ (Moskau), „Rote Fahne“ (Slavgorod) und „Freundschaft“ (Kasachstan), in den Zeitschriften „Sibirische Lichter“ und „Altai“, in kollektiven Sammelbänden veröffentlicht. Einen bedeutenden Platz in seiner Arbeit nahmen Gedichte für Kinder ein. Andreas Kramer war Mitglied des Schriftstellerverbandes der UdSSR und seit 1979 Delegierter der Kongresse der Deutschen aus Russland. 1992 emigrierte er nach Deutschland, wo er im Jahr 2010 verstarb.

Wir sind hier, wir sind laut – Jugendprojekt gibt Jugendlichen eine Stimme

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland setzt Projekt um

VON DIETMAR SCHULMEISTER

Lange Zeit dürfte es Konsens gewesen sein, Jugendlichen eine distanzierte Haltung gegenüber politischen Themen zu unterstellen. Auf den ersten Blick ist diese Einschätzung gerechtfertigt: Die Wahlbeteiligung der 16- bis 29-Jährigen fällt geringer aus als in anderen Altersgruppen und andere Formen der politischen Beteiligung spielen nur eine untergeordnete Rolle. Auf den zweiten Blick zeichnet sich ein divergentes Bild. Mit Protesten gegen Upload-Filter und der Fridays-for-Future-Bewegung meldet sich die Jugend lautstark zu Wort und fordert mehr Mitsprache. Anders formuliert suchen viele Jugendliche nach Möglichkeiten, ihre Themen zu artikulieren, ohne auf die klassischen Kanäle wie Politiker und Parteien zu setzen. Um es vorwegzunehmen: Das ist kein negatives Signal.

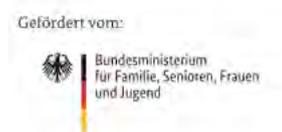
So weit zu den guten Nachrichten. Eine große Baustelle trotz positiver Anzeichen ist die Partizipation von Jugendlichen mit Migrationsbiografie und speziell Deutschen aus Russland. Hier zeigt sich ein Ungleichgewicht bei der Teilhabe und Teilnahme. Mit dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Jugendprojekt „Politische Diskussionskultur stärken – andere Positionen akzeptieren“ oder kurz: „Rheinland diskutiert“, soll diese Schiefelage aufgefangen werden.

Jugendliche mit und ohne Migrationsbiografie

aus der Region Düsseldorf werden im dreijährigen Projekt in ihrer politischen Selbstpositionierung unterstützt und lernen, eigene Standpunkte zu entwickeln, konträre Meinungen zu tolerie-

ren und vor allem: aktiv zu partizipieren. Eine Mischung aus fachlichem Hintergrundwissen, politischen Grundlagen aber auch Rhetorik- und Diskussionscoachings vermitteln das notwendige Rüstzeug, eigene Positionen selbstbewusst zu artikulieren, ohne gegenteilige Ansichten aus dem Blick zu verlieren. Erweitert um Planspiele können die Teilnehmer(innen) hautnah, wenn auch zunächst nur theoretisch, proben, wie ihre Ideen im repräsentativ-demokratischen Institutionengefüge verwirklicht werden können. Im nächsten Schritt werden konkrete Strategien entwickelt, wie die Anliegen der Jugendlichen eingebracht werden können. Damit verfolgt das Projekt, welches von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. umgesetzt wird, ein nachhaltiges Ziel.

Es möchte Jugendlichen eine Stimme geben und gleichzeitig Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, die über das Projekt und seine Module hinausgehen. Wie eingangs skizziert, gibt es genügend politische Themen, mit denen sich Jugendliche identifizieren und für die sie folglich bereit sind, sich zu engagieren. Allerdings ist es entscheidend, diese Standpunkte und die Jugendlichen ernst zu nehmen. Die Jugendlichen sind hier und sie sind durchaus laut, wir müssen nur zuhören. Das Jugendprojekt „Politische Diskussionskultur stärken – andere Positionen akzeptieren“ hört genau hin.



FAKE-NEWS IN ZEITEN VON CORONA – AUCH EIN THEMA – FÜR DIE LmDR IN NRW

VON KATHARINA MARTIN

Warum sind aktuell so viele Fake-News im Umlauf? Wie kann man Fake-News erkennen? Diese und viele andere Fragen wurden im Rahmen von zwei Webinaren der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland aufgegriffen.



Foto: unsplash / Elijah O Donnell

Themen der beiden Webinare im April 2020 waren „Desinformation in Zeiten der Corona-Pandemie“ und „Fake News erkennen: Souveräner Umgang mit Desinformation“. Die Einführung in die beiden Webinare erfolgte durch den Referenten des Projekts „Gemeinsam. Demokratie. Gestalten“, Michael Müller. Moderiert wurden die Online-Seminare von Dietmar Schulmeister (Bild), dem Vorsitzenden der LmDR NRW. Als Referenten wirkten die Journalisten Nikolai Klimentiouk und Marius Reichert mit.

Falschmeldungen aus Russland

Im ersten Webinar lag das Augenmerk auf den Falschmeldungen aus Russland, die unter anderem auch auf das russischsprachige Publikum, das in Europa lebt, abzielen. Der Referent des Webinars, Nikolai Klimentiouk, zeigte einige Beispiele für Falschmeldungen auf und erläuterte, welche Absichten dahinterstecken. Solche Meldungen enthalten oft Statements von vermeintlichen „anerkannten Experten und Wissenschaftlern“. Nikolai Klimentiouk wies darauf hin, dass in Russland nach wie vor ein massiver Handel mit Diplomen und Titeln betrieben werde. Daher sei die Kompetenz dieser sogenannten Experten in Frage zu stellen. Dabei handele es sich um unseriöse Wissenschaft, die meistens auf Verschwörungstheorien basiere. Darüber hinaus würden durch Fake-News gezielt Lügen verbreitet, mit denen bestimmte politische



Dietmar Schulmeister
(Foto: LmDR NRW)

Ziele verfolgt würden. Ferner führte Nikolai Klimentiouk eine Reihe von vertrauenswürdigen Medien auf, bei denen man sich ruhigen Gewissens über das aktuelle Geschehen informieren könne. Im Anschluss wurde darüber diskutiert, wie man Fake-News erkennen kann.

Fake-News erkennen

Im zweiten Webinar erläuterte Referent Marius Reichert, welche Gründe und Absichten hinter der Verbreitung von Fake-News stecken. Darüber hinaus wurden Beispiele angeführt, welche Arten von Falschmeldungen sich momentan durch welche Kanäle verbreiten und wie diese Fake-News als solche erkannt werden können. Marius Reichert wies darauf hin, dass die Problematik bei

Fake-News darin bestehe, dass diese in erster Linie durch das Teilen in sozialen Netzwerken und über private Nachrichten in Messengerdiensten, wie zum Beispiel Messenger, verbreitet würden. Diese Verbreitung sei unkontrollierbar. Die Unsicherheit darüber, welche Meldungen nun richtig und welche falsch seien, steigt. Marius Reichert führte einige Bei-

spiele und Methoden auf, woran man Fake-News erkennen kann und gab Empfehlungen, wie man mit den Informationen umgehen sollte.

Die Teilnehmenden der beiden Webinare äußerten den Wunsch nach weiteren Bildungsmaßnahmen, um Multiplikatoren auszubilden.

Das nachfolgende Interview mit Marius Reichert und Nikolai Klimentiouk führte die Redaktion der LmDR-Mitgliederzeitschrift.

„Volk auf dem Weg“ (VadW): Wieso verbreiten sich momentan so viele Fake-News?

Marius Reichert: In Krisenzeiten sind Menschen viel anfälliger für Fake-News. Sie sind verunsichert und suchen ständig nach neuen Informationen. Sie wollen auf dem neusten Stand bleiben. Daher ist momentan Corona ein gefundenes Fressen. Hinter Fake-News stecken bestimmte Absichten

und nicht selten auch gewisse politische Tendenzen. Zwischen bestimmten Ländern wird das Thema Corona schnell zum politischen Spielball. So werden, beispielsweise, Unmengen an Theorien aufgestellt, wer an dem Ausbruch von Corona-Virus schuld sei und ob das eine beabsichtigte Aktion war. Wurde es in einem Labor gezüchtet? Sollte der Virus den Rest der Welt aus- →



schalten? Es kursieren alle möglichen Theorien. Doch es wird nicht nur der Bereich Politik hineingezogen, sondern auch die Medizin.

VaDW: Was ist das Gefährliche an solchen Fake-News?

Marius Reichert: Menschen, die ihre Meinungs- und Deutungshoheit behalten müssten, verlieren sie dadurch. Momentan herrscht ein grundsätzliches Gefühl von Unsicherheit. Menschen fragen sich, wie es weitergeht, jeder sucht nach Antworten und Erklärungen. Die Menschen sind momentan anfälliger für Verschwörungstheorien als sonst. Ein weiterer Grund ist die technische Raffinesse: Es wird immer schwieriger, Fake-News zu erkennen.

VaDW: Woran kann man Fake-News erkennen?

Marius Reichert: In erster Linie gilt bei allem der gesunde Menschenverstand. Man sollte nicht sofort alles glauben, was man liest oder sieht, sondern erst überlegen, wer daran ein Interesse haben könnte. Die klassische Methode ist, den Inhalt der Meldung zu googeln und zu prüfen, ob vielleicht Nachrichten mit einem ähnlichen Inhalt auch bei anderen Medien veröffentlicht wurden. Für Fortgeschrittene gibt es beispielsweise die Rückwärtssuche bei Google: Dabei kann man prüfen, ob ein Foto, das zu einem bestimmten Sachverhalt verbreitet wird, auch tatsächlich da entstanden ist, wie in der Meldung angegeben.

Es gibt mittlerweile Initiativen, sogenannte Faktenfinder, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Fake-News aufzudecken, wie zum Beispiel *mimikama.at*. Wenn man selbst eine Falsch-

„JUNGE REPORTER“ – BILINGUALES PROJEKT FÜR RUSSLANDDEUTSCHE JUGENDLICHE GESTARTET

In Kooperation mit der flrstlife-Redaktion, bekannt als das deutschlandweit größte Online-Magazin, das sich aus wertorientierter Perspektive von Jugendlichen an Jugendliche richtet, initiierte die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) in NRW ein Projekt, das jungen Menschen aus der russlanddeutschen Community eine Stimme verleiht. Die jungen

Reporter haben die Möglichkeit, in deutscher und russischer Sprache über die Themen zu schreiben, die sie selbst für sich oder ihr Umfeld wichtig halten.

Heute zählt das deutschlandweite Redaktionsnetzwerk bereits mehr als 350 Autorinnen und Autoren. Alle erhalten neben einem individuellen

meldung entdeckt hat, sollte man diesen Beitrag melden und auf keinen Fall weiterleiten.

Grundsätzlich gilt: Wenn man sich nicht sicher ist, ob eine Meldung stimmt oder nicht, lieber die Finger davon lassen. Nicht kommentieren und schon gar nicht weiterverbreiten.

VadW: Wenn jemand gezielt nach russischsprachigen Informationen sucht, an welche Medien kann er/sie sich wenden?

Nikolai Klimeniouk: Zu den vertrauensvollen Medien gehören zum Beispiel BBC, Meduza, Radio Svoboda oder die Deutsche Welle. Auf der Homepage unserer Initiative Quorum werden regelmäßig Informationen in russischer, aber auch in deutscher Sprache, rund um die aktuellen Ereignisse in Deutschland veröffentlicht.

VadW: In Ihrem Vortrag haben Sie über Fake-News aus Russland gesprochen und einige Beispiele angeführt. Wenn sich jemand in der russischen Medienlandschaft nicht auskennt – mit welchen Tricks und Methoden kann derjenige trotzdem Fake-News erkennen?

Nikolai Klimeniouk: Grundsätzlich gilt: nicht sofort alles glauben, sondern mit einem kritischen Blick an die Verarbeitung der Information gehen. Überlegen, ob diese Meldung weitergeleitet und geteilt werden soll oder nicht. Unbedingt prüfen, woher die Information stammt. Was weiß man über die Quelle und das Medium? Um sicher zu gehen, das Impressum prüfen und Meldungen mit Informationen bei anderen Medien vergleichen.



NIKOLAI KLIMENIOUK (Foto links) kam 1991 als Flüchtling aus Russland nach Deutschland und lebt seit 2014 als freier Autor in Berlin und schreibt regelmäßig für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, die Neue Zürcher Zeitung und andere deutsche und europäische Medien. (Foto: LmDR NRW)

MARIUS REICHERT (Foto rechts) lebt in Bad Neuenahr-Ahrweiler und arbeitet als (Live)-Reporter beim WDR und für das ZDF. Nach seinem Studium in Recht, Politik und Journalistik volontierte er beim ZDF und berichtete u. a. als Landesreporter aus dem NRW-Studio Düsseldorf sowie aus dem Hauptstadtstudio. Er entwickelte neue Formate in der Social-Media-Unit des Senders. (Foto: LmDR NRW)



Feedback von zwei ausgebildeten Journalisten auch ein faires Honorar pro Artikel.

Darüber hinaus ist firstlife eine Community für junge Menschen, die weiterkommen möchten. Durch kostenfreie Weiterbildung über Führung, Persönlichkeit und Medienkompetenz kann jeder seinen individuellen Zielen näherkommen. Die

Kooperationen mit Magazinen, wie „The European“, Personalberatern und Mentoren sind für jeden Autor frei zugänglich. Ob bei Sport, Engagement, Politik, Liebe oder Religion: Man muss kein Profi im Schreiben sein. Dieses Projekt ermöglicht für viele russlanddeutsche Jugendliche, sich als Journalist(en)-innen zu realisieren und anderen jungen Leuten Werte zu vermitteln.

„HEIMAT – VON DEUTSCHLAND NACH RUSSLAND UND ZURÜCK“

25 Jahre „Hafen der Hoffnung e.V.“ – Jubiläumsfeier mit Theaterstück

VON JULIA WEBER

Hafen der Hoffnung e.V. – der Verein zur Förderung und Integration der Aussiedler im Kreis Kleve – feierte im November 2019 sein 25-jähriges Jubiläum in der Stadthalle Kleve.

Nach der Eröffnung durch die Vereinsvorsitzende Julia Weber folgte die Begrüßungsrede des Landrates des Kreises Kleve, Wolfgang Spreen, der u. a. die hohen Verdienste des Vereins bei der erfolgreichen Integration der Deutschen aus Russland im Kreis Kleve besonders hervorhob. Das Besondere am Verein „Hafen der Hoffnung“ ist, dass in den ganzen bisherigen 25 Vereinsjahren stets Russlanddeutsche gemeinsam mit den Einheimischen ehrenamtlich für das Einleben der Aussiedler und das friedliche Miteinander im Kreis Kleve einstanden.

Eigenes Theaterstück aufgeführt

Anlässlich dieser Feier hatten die Vereine „Hafen der Hoffnung“ und „Theater im Fluss“ eine Theaterproduktion über die Geschichte der Russlanddeutschen zum Thema „Heimat – Von Deutschland nach Russland und zurück“ erarbeitet.

Die Laienschauspieler und die Singgruppe „Lavanda“ des Vereins entführten die mehr als 300 Zuschauer in eine Zeit, in der die Deutschen der Einladung von Katharina II. nach Russland folgten. 20 Vereinsmitglieder, darunter die Singgruppe Lavanda mit musikalischer Begleitung,

zeigten sowohl das historische Ambiente als auch persönliche Lebenssituationen. Nach den Szenen der Emigration der Deutschen nach Russland im 18. Jahrhundert folgten Darstellungen über die Zeiten der Verfolgung sowie der Rückkehr nach Deutschland im 20. Jahrhundert.

Warum kamen Deutsche nach Russland? Warum kamen deren Nachkommen nach Deutschland? Wie haben sie sich hier in Deutschland eingelebt? Was ist Heimat? Was macht die Heimat aus? Das sind nur einige der Fragen, die im Theaterstück beantwortet wurden.

Die 20 Vereinsmitglieder, darunter Jugendliche und Kinder, berichteten dann auch über das Vereinsleben, das mit Bildern aus dieser Zeit auf der Leinwand untermalt wurde. Nach der Vorstellung konnten die Besucher die russlanddeutsche Küche kosten. Viele Gespräche und ein fröhliches Beisammensein rundeten die erfolgreiche Feier ab.



Kontakt

Weitere Informationen zum Verein im Internet:

www.hafen-der-hoffnung.de

E-Mail: info@hafen-der-hoffnung.de

Telefon/Fax: 02821/582002



Begrüßung durch die Vereinsvorsitzende Julia Weber



Jubiläumstorte



Begrüßungsrede des Landrates des Kreises Kleve, Wolfgang Spreen



Szene „Ausreisegenehmigung“



Szene aus dem Theaterstück



Darstellung „Was ist Heimat?“ (Alle Fotos dieser Seite: Julia Weber)

Der heiligen Barbara gedacht

Landsmannschaft feiert mit über 50 Gästen den Patronatstag

VON ANNABELL JATZKE

Traditionen sind da, um sie aufrecht zu erhalten, und so kam die Ortsgruppe Iserlohn der Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien am Samstagabend, den 7. Dezember 2019, zur Barbarafeier zusammen. Zunächst fand zu Ehren der Heiligen Barbara eine Vorabendmesse in der Heilig-Geist-Kirche Iserlohn statt: Dabei ging Pfarrer Joachim Skota auf die Heilige ein. Im weiteren Verlauf des Abends gedachte die Landsmannschaft der Heiligen Barbara mit einer Feierstunde im Restaurant „Haus Höynck“. Dorothea Peters hatte dafür ein kleines Kulturprogramm ausgearbeitet, und die 1. Vorsitzende Gertrud von Westphalen begrüßte die rund 50 Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft.

Es wurde gemeinsam gesungen, dabei durfte natürlich auch das Steigerlied nicht fehlen. Zudem wurden Geschichten rund um das Brauchtum und Bergwerke vorgetragen. Pas-

send dazu hatten sich drei Anwesende eigens in Bergmannskluft gekleidet. War St. Barbara doch die Schutzpatronin des Bergmannes. Mit dem Ende der Fördertürme und Schornsteine in den Kohlerevieren verlor sich auch ein Stück weit der Brauch, Barbara als Schutzheilige des Bergmannes zu sehen. Dem entgegen wirkt die Landsmannschaft, die trotz alledem an der Barbarafeier als Tradition seit Jahrzehnten festhält. In Schlesien wird der Patronatstag noch anders als hierzulande zelebriert, wobei sich dies mit dem Ende des Bergbaus mittlerweile auch geändert hat. Dort gab es am 4. Dezember einst Glockengeläut und Sirenengeheul der Gruben. Umso schöner ist es dann, dass die Landsmannschaft in Iserlohn immer noch zur Barbaramesse mit anschließender Feier einlädt. Geht es nach den Mitgliedern, so soll dies auch noch lange so bleiben.

Drei Mitglieder waren zu Ehren der Heiligen Barbara in Bergmannskluft gekommen. (Foto: Annabell Jatzke)



Über Schweigen und Elternschaft im Totalitarismus

Die Bestsellerautorin Gusel Jachina präsentierte ihren neuen Roman „Wolgakinder“ im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte.

VON EDWIN WARKENTIN



Foto: MRK

„Die Stummen“ heißt die wörtliche Übersetzung der Bezeichnung *nemcy* für die Deutschen in vielen slawischen Sprachen. Auch Jakob Bach, der Schulmeister des wolgadeutschen Weilers Gnadental und Hauptheld des Romans Wolgakinder von Gusel Jachina schweigt. Entgegen der etymologischen Bedeutung, die fremden Deutschen seien des Russischen nicht mächtig, verstummt Bach benommen ob der Grausamkeit seiner Lebens Epoche für mehr als fünfhundert Seiten des Romans. Umso wortgewaltiger und poetischer sind Schilderungen der Lebensumstände der Wolgadeutschen in der Zwischenkriegszeit in diesem Buch.

Die russische Bestsellerautorin, die den deutschen Lesern bereits durch ihren Debütroman „Suleika öffnet die Augen“ bekannt wurde, vermochte das Detmolder Publikum im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte für ihren Roman begeistern. Ihr zur Seite stand als Moderator und Vorleser der preisgekrönte Radiojournalist Mirko Schwanitz. In bestechendem Deutsch erläuterte die studierte Germanistin den Zuhörern die Vorgeschichte der deutschen Siedler in Russland und die Hintergründe ihres Romans. „Jakob Bach ist der Prototyp einer schweigenden Generation“ – so die Autorin bei ihrer Romanpräsentation. Millionenfach erlitten Menschen in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ein von Entbehrungen, Repressionen und Krieg bestimmtes Schicksal. Gegenüber ihren Nachfolgenerationen schwiegen diese Zeitzeugen, ohne ihre Traumata zu verarbeiten. Bevor Jakob Bach sich seinen Kindern mitteilen kann, wird die kleine Familie durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und anschließende Deportation der Wolgadeutschen auseinandergerissen. Neben dem Schweigen erscheint als zweites großes Motiv des Romans die Elternschaft. Die gerufenen deutschen Siedler wurden zweihundert Jahre zuvor bei ihrer Ankunft durch die russische Kaiserin Katharina als „Meine Kinder“ begrüßt. „Meine Kinder“ lautet auch der Originaltitel des Romans auf Russisch. Im Gegensatz dazu machte Stalin, der selbsternannte „Vater der Völker“, diese Minderheit zu missliebigen Waisen.

Auf Deutsch erschien der Roman 2019 im Aufbau-Verlag und wurde bei der diesjährigen Frankfurter Buchmesse dem deutschen Publikum präsentiert. Bereits 2018 wurde „Wolgakinder“ zum meistverkauften belletristischen Buch einer russischen Autorin in Russland. Wie auch bei ihrem ersten Roman rechnet Gusel Jachina mit einer Verfilmung des packenden Stoffes. Durch den Verkauf der Filmrechte sind dafür die ersten Schritte getan. Die Romanpräsentation war ein Angebot des Kulturreferates für Russlanddeutsche und wurde von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien gefördert. Weitere Lesungen wurden in Düsseldorf in Kooperation mit der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus und dem NRW-Landesverband der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, in Köln zusammen mit dem Lew Kopelew Forum und in Freiburg i. Br. mit dem Zwetajewa-Zentrum an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg angeboten.



Gusel Jachina: „Wolgakinder“

(Aus dem Russischen übersetzt von Helmut Ettinger)

ISBN 978-3-351-03759-8, Preis: 24 EUR, 591 Seiten, Aufbau Verlag, Berlin 2019



MUSEUM FÜR
RUSSLANDDEUTSCHE
KULTURGESCHICHTE

Kulturreferat für Russlanddeutsche am Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte

Georgstraße 24 · 32756 Detmold

Mobil: 0162/3462913 · Telefon: 05231/921694

E-Mail: e.warkentin@russlanddeutsche.de

www.russlanddeutsche.de

LANDSMANNSCHAFT SCHLESIEN VERLEIHT GOLDENE EHRENNADELN

VON HANS-JOACHIM MUSCHIOL



Hildegard
Muschiol,
Hans-Joachim
Muschiol und
Gertrud von
Westphalen
(v. l. n. r.)
(Foto:
Ulrich Muschiol)

Stimmungsvolle Feier in Iserlohn-Gerlingsen

Der Gemeindesaal von St. Michael in Iserlohn war mit ca. 80 geladenen Gästen gut gefüllt. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Vorsitzende Gertrud von Westphalen wurden Kaffee und schlesischer Mohn- und Streuselkuchen gereicht. Doris Peters hatte ein ausgezeichnetes, kulturelles Programm vorbereitet und führte mit adventlichen Liedern, Zwischentexten und drei Lesungen selbst durch das Programm. Gemeinsam sangen die Anwesenden die Lieder „Es ist für uns eine Zeit angekommen“ und „O Freude über Freude“, und weitere, die Doris Peters in einem anschaulich gestalteten Programmheft abgedruckt und zur Verfügung gestellt hatte. Die musikalische Begleitung hatten Irene Marek mit dem Klavier und Karin Muschiol mit der Violine inne.

Großen Anklang im Publikum fanden die Lesungen „Ein Bogen Packpapier“, „Eine Mutter schreibt an ihre Kinder“ und „Weihnachten der Tiere“, die von Mitgliedern der Landsmannschaft Schlesien vorgetragen wurden. Den Abschluss des kulturellen Programms bildete das bekannte „Stille Nacht, heilige Nacht“. Gertrud von Westphalen bedankte sich für die Programmgestaltung, das zahlreiche Erscheinen und die Unterstützung, die sie im Laufe des vergangenen Jahres, u. a. auch heute erhalten hat.

Danach folgte ein Programmpunkt, der für alle Anwesenden überraschend war. Die Schlesische Trachten- und Jugendgruppe „Altvater/Rübezahl“ Iserlohn hatte beim Bundesvorstand der Landsmannschaft Schlesien, Stephan Rauhut, zwei Auszeichnungen in die Wege geleitet:

Ehrennadeln für verdiente Mitglieder

Die in Neulimburg/Schlesien geborene Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien-Iserlohn, Gertrud von Westphalen wurde mit der „Goldenen Ehrenbrosche/Ehrennadel“ der Landsmannschaft Schlesien geehrt. Nach einer

kurzen Begrüßung und Einführung durch den Gruppenleiter Hans-Joachim Muschiol hielt Barbara Müller aus Mannheim die Laudatio auf Gertrud von Westphalen. Ihr sei es u. a. gelungen, ihre beiden Töchter Bettina und Cornelia rechtzeitig an die Gruppenarbeit heranzuführen, so dass diese später auch Aufgaben im Rahmen der Kindergruppenarbeit übernehmen konnten. Außerdem habe sie im grenzüberschreitenden Bereich seit 1990 wesentlich zur Verständigung mit unseren Landsleuten und auch der Mehrheitsbevölkerung in Schlesien beigetragen.

Die zweite Ehrung betraf Hildegard Muschiol, geboren in der Grafschaft Glatz in Ebersdorf Kreis Habelschwerdt, die als Mitglied der Schlesischen Trachten- und Jugendgruppe „Altvater/Rübezahl“ Iserlohn für ihren jahrzehntelangen Einsatz und ihr unermüdliches Engagement für Schlesien ebenfalls die „Goldene Ehrenbrosche/Ehrennadel“ der Landsmannschaft Schlesien erhielt. Ingrid Siebert trug die Laudatio auf Hildegard vor. Für die befreundete exilukrainische Gruppe „Poltava“ aus Genk organisierte Hildegard mehrmals mit großem Einsatz in den 1980er und 1990er Jahren zahlreiche gut gepackte Sendungen für Hilfsbedürftige in der Ukraine.

Hildegard Muschiol ist auch heute noch der Motor für das jährlich stattfindende Schlesische Sommersingen in Iserlohn. Ihrem unermüdlichen Engagement ist es auch zu verdanken, dass die seit 1955 vorhandenen Ostdeutschen Kreuze der Heimatvertriebenen auf dem Hauptfriedhof Iserlohn vor 4 Jahren – 2015 – professionell restauriert wurden.

Beide Ehrungen wurden von den Landsleuten im Beisein der örtlichen Presse mit großem Beifall begrüßt. Die beiden Ausgezeichneten bedankten sich herzlich für die Ihnen zuteil gewordene Ehrung. Es gab noch viel zu erzählen und untereinander auszutauschen, so dass die Veranstaltung erst am frühen Abend zu Ende ging.

GENERATIONEN FÜR- UND MITEINANDER – ENKELGENERATIONEN SEHEN SICH IN DER PFLICHT – SCHLESIER IN VELBERT – WÄHLEN NEUEN VORSTAND

VON DAMIAN SPIELVOGEL

Am 08.03.2020 traf sich in Velbert die Ortsgruppe der schlesischen Landsmannschaft zur diesjährigen Jahreshauptversammlung

Normalerweise ist eine Jahreshauptversammlung eine „Pflichtveranstaltung“ jedes Vereins, bei der die Regularien trocken abgehalten werden. Die diesjährige Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft Schlesien in Velbert zeigte jedoch, dass auch solche Veranstaltungen einen sehr stark motivierenden Charakter haben können. Neben dem obligatorischen Bericht des Vorsitzenden, der vor dem Hintergrund der sehr stabilen Kassen- und Mitgliederbestände mit sichtlicher Freude und Genugtuung durch Damian Spielvogel vorgetragen werden konnte, fand bei den anschließenden Vorstandswahlen eine sichtbare Verjüngung des Leitungsgremiums statt. Damian Spielvogel als Vorsitzender, Bozena Symalla als Stellvertreterin, Joachim Karwoczik als Kulturwart, Darius Schendzielorz als Geschäftsführer, Bertold Wosnitzka und Wilhelm Wiecha als Beisitzer sowie Ursula Olschak als Leiterin der

Schlesischen Frauengruppe wurden einstimmig in ihren bisherigen Ämtern bestätigt. Diese Tatsache, so Spielvogel in seinen Ausführungen, sei eine Bestätigung der Mitglieder hinsichtlich der bisherigen Aktivitäten, die eine große gesellschaftliche und kulturelle Akzeptanz in Velbert genießen. Der Rechtsanwalt Jost Lücke, der sich selbst als „Wahl-Schlesier“ bezeichnet, da er keine familiären Wurzeln in Schlesien hat, wurde erstmalig zum Schriftführer gewählt. Die Verwaltung der Kasse wurde der erst 35-jährigen Melanie Trox übertragen, die von der 38-jährigen Anna Wiczorek unterstützt wird. Als Jugendbeauftragte wurde erstmals die 32-jährige Adriane Schröder einstimmig gewählt. Sowohl Melanie Trox als auch Adriane Schröder gehören bereits der sog. Enkelgeneration an. Richard Suska wurde als Beisitzer neu in den Vorstand aufgenommen. Die ebenfalls junge Anwältin Sylwia Korgel stellte sich als Datenschutzbeauftragte



Der neugewählte Gesamtvorstand der Landsmannschaft Schlesien in Velbert zusammen mit Monika Schultze in schlesischer Tracht (3. v. r.), Rainer Hübinger (4. v. l.) und Damian Spielvogel (1. v. l.) (Foto: LM Schlesien, Ortsgruppe Velbert)

zur Verfügung. „Scheinbar haben wir alles richtig gemacht“ – so der Kommentar von Damian Spielvogel nach diesen Wahlen, zumal auch die anderen Untergliederungen, wie beispielsweise der Festausschuss, mit jungen Menschen besetzt werden konnte. „Doch wir können uns mit dem Erreichten nicht zufriedengeben, wir müssen noch besser werden“ resümierte der alte und zugleich neue Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien in Velbert, der die Arbeit des Vorstandes als eine gute Teamarbeit betrachtet. Da die Jahreshauptversammlung am Weltfrauentag abgehalten wurde, bekam jede Dame einen kleinen Rosen-Tulpen-Strauß.

Zu den Ehrengästen gehörte u.a. Monika Schultze vom geschäftsführenden Bundesvorstand der Landsmannschaft Schlesien, die sehr gekonnt die Versammlung leitete. In ihrem Grußwort überbrachte sie Grüße des Bundesvorsitzenden

Stephan Rauhut, lobte die Arbeit der örtlichen Gruppe und freute sich über die Einbindung der jungen und mittleren Generation in die landsmannschaftliche Arbeit, denn nur so könne mit Zuversicht in die Zukunft geschaut werden. Rainer Hübinger, Vorsitzender der Velberter SPD und deren Bürgermeisterkandidat, dessen familiären Wurzeln in Ostpreußen liegen, dankte der Landsmannschaft für ihren gesellschaftlich-kulturellen Einsatz für die Stadt Velbert. „Ich komme wieder“, so Hübinger abschließend.

Für die nächsten zwei Jahre wurden in Velbert die Weichen zukunftssicher gestellt, dadurch dass junge Menschen die Vorstandsmitverantwortung übernahmen. Das Durchschnittsalter der Mitglieder des gewählten geschäftsführenden Vorstandes liegt bei erst 44 Jahren!

Restaurierung der Gedenkstätte in Iserlohn abgeschlossen

VON HANS-JOACHIM MUSCHIOL

Auf Antrag des Bundes der Vertriebenen (BdV), Kreisverband Iserlohn e. V., wurde das kunstvolle, dreigeteilte Holzkreuz mit der Inschrift „Unseren Toten in der ostdeutschen Heimat“, das im Zentrum der Gedenkstätte der deutschen Heimatvertriebenen auf den Iserlohner Hauptfriedhof steht, erneut in diesem Frühjahr restauriert.

Petra Langhals, Leiterin der Abteilung Beschäftigungsförderung der Stadt Iserlohn, veranlasste bei der städtischen Holzwerkstatt in der Oberen Mühle die Restaurierung. Die Arbeiten wurden vom Leiter der Holzwerkstatt, Antony Alvarado, und Helmut Heinrich in vorzüglicher Form vorgenommen und ausgeführt. Petra Langhals erklärt, dass die Teilnehmer(innen) immer erfreut sind, eine sinnvolle Tätigkeit im Rahmen der Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen aus-

trauertag eine kurze Gedenkstunde statt, bei der auch ein Kranz niedergelegt wird. Am 1. November, dem Allerheiligentag, und am Totensonntag gedenken unzählige Heimatvertriebene und Aussiedler dort ihrer Verstorbenen aus der Heimat. Eine Vielzahl von Grablichtern als Zeichen der Erinnerung und der Hoffnung werden entzündet und leuchten lange in die Nacht hinein. Besonders erfreulich ist es, dass sich an diesem Gedenken in der letzten Zeit viele junge Menschen beteiligen. Die Gedenkstätte mit der Beschriftung „Unseren Toten in der ostdeutschen Heimat“ ist zentral gelegen und gut erreichbar.

Die restaurierten Holzkreuze der ostdeutschen Gedenkstätte auf dem Iserlohner Hauptfriedhof im April 2020
(Foto: Paul Muschiol)



üben zu können. Inzwischen ist die Aufstellung der Kreuze auf dem Hauptfriedhof wieder erfolgt. Der BdV würdigt diese Arbeit sehr, dankt allen Beteiligten und verweist auf die langjährige Geschichte der Gedenkstätte in Iserlohn.

Vor 65 Jahren, im Jahr 1955 wurde die Gedenkstätte mit den ostdeutschen Kreuzen auf Initiative des Kreisvertriebenenbeirates Iserlohn unter Leitung von Walter Zielke durch den von 1956 – 1961 amtierenden Oberbürgermeister und Ehrenbürger Fritz Rustemeyer (1898-1965) der Stadt Iserlohn eingeweiht. Seit dieser Zeit findet im Jahresverlauf regelmäßig am Volks-

schaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien, Ortsgruppe Iserlohn, für die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Pflege und Betreuung der Gedenkstätte. Ohne dieses Engagement wäre es den Heimatvertriebenen und Aussiedlern und deren Nachkommen nicht möglich, an einem zentralen Ort in Iserlohn ihren in der fernen Heimat verstorbenen Familienangehörigen zu gedenken.

Auch im BdV-Verzeichnis ist die nun restaurierte Gedenkstätte in Iserlohn aufgeführt.

Zum Buch „Vom Verlust zum Gewinn“

BUCHVORSTELLUNG VON MICHAEL WEIGAND

Die Lern- und Bildungsakademie Mönchengladbach hat ein neues Buch zur Mönchengladbacher Stadtgeschichte publiziert, was seit Ende 2019 auf dem Buchmarkt ist. „Vom Verlust zum Gewinn“ thematisiert die spannende Geschichte der Vertriebenen in Mönchengladbach als ein Teil lebendiger und gelebter Stadtgeschichte. Eingebettet wird ihr Schicksal als erfolgreiche Integration in die alt eingesessene Bevölkerung in die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs mit der enormen Zerstörung Mönchengladbachs und die Zeit des Wiederaufbaus und der Nachkriegsgeschichte. Besonders bemerkenswert sind ein Mehr-Generationen-Interview der Familie Wendt und die beeindruckende Lebensgeschichte der deutschlandweit bekannten Persönlichkeit Dr. Rudolf Wlaschek, einem sudetendeutschen Ehrenbürger von Mönchengladbach.

„Die Flüchtlinge der Nachkriegszeit prägten nicht nur durch Persönlichkeiten wie den ehemaligen Trainer und heutigen Teil des Präsidiums der Borussia, Hans Meyer, und ihre ehemaligen Spieler Marcel Witeczek und Klaus-Dieter Sietloff den Fußball, sie haben ihre deutlichen Spuren überall in der Stadt hinterlassen“, bewertet der Bundestagsabgeordnete Dr. Günter Krings die inhaltlichen Hintergründe des Buches in seinem Grußwort zu Beginn des Werks. Der Beauftragte der Landesregierung von NRW für die Belange der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, Heiko Hendriks, fügt in seinem Grußwort hinzu, dass „das Werk anschaulich belegt, dass es in Mönchengladbach gut gelungen ist, die große Aufgabe der Integration nachhaltig und erfolgreich zu bewältigen, was nicht zuletzt dadurch bewiesen wird, dass mit Norbert Budde der Nachfahre eines Vertriebenen aus Schlesien sogar Oberbürgermeister der Stadt werden konnte.“



„Vom Verlust zum Gewinn“

www.lub-a.de / ISBN 978-3-9821584-0-2

Preis: 10,- EUR / 96 Seiten

Lern- und Bildungsakademie Mönchengladbach (Telefon: 02161/303 7000) oder im Buchhandel

Adalbert Raasch (Bundesvorsitzender Pommersche Landsmannschaft), Michael Weigand (Projektleiter), Arno Barth (Autor), Winfried Kuettner (Vorsitzender BdV Kreisverband Mönchengladbach), Michael Schroeren (Bürgermeister Mönchengladbach), Roland Zillmann (Bundesverband Bund der Vertriebenen e.V.). (Foto: Michael Weigand)



CHRONIK DES NRW LANDESBEIRATS FÜR VERTRIEBENEN-, FLÜCHTLINGS- UND SPÄTAUSSIEDLER- FRAGEN

KAPITEL 1:
NEUANFANG IN DER FREMDE
(1945 – 1949)

Alle Abbildungen (falls nicht anders angegeben): Archiv des Landesbeirats





← Erlass Stalin
↓ Befehl Polen



Bis Ende 1945 hatten sich auf dem Gebiet des 1946 formell gegründeten Landes Nordrhein-Westfalen weniger als 100.000 Flüchtlinge niedergelassen. Ihre Verteilung wurde maßgeblich durch die Entscheidung der britischen Militärregierung beeinflusst, die meisten Städte und Landkreise in den vorerst noch bestehenden preußischen Provinzen Nordrhein und Westfalen im August 1945 zu „restricted areas“ zu erklären. Damit waren die linksrheinischen Gebiete, die rheinischen Städte und das Ruhrgebiet für Zu- und Rückwanderung gesperrt. Folglich siedelten sich die Flüchtlinge in den Randgebieten der Provinzen an, vornehmlich in Ostwestfalen.

Zu einer echten Herausforderung wurde das Flüchtlingsproblem erst im Laufe des Sommers 1946. Nach den grundsätzlichen Bestimmungen der Potsdamer Konferenz bildete die Vereinbarung des Alliierten Kontrollrates für Deutschland vom 20. November 1945 den Ausgangspunkt für den Verteilplan hinsichtlich der Ausweisungs-transporte der deutschen Bevölkerung aus der

Tschechoslowakei, Ungarn und Polen in die vier Besatzungszonen. Im Zuge dieses Bevölkerungstransfers mussten 6,65 Millionen Deutsche ihre Heimat verlassen. Die britische Besatzungszone hatte 1,5 Millionen Deutsche aus den nunmehr polnisch verwalteten Gebieten aufzunehmen. So kamen im Zuge der „Operation Schwalbe“ bis November 1946 rund 800.000 Vertriebene nach Nordrhein-Westfalen.

Die Ansiedlung der Vertriebenen erfolgte bevorzugt in den agrarisch strukturierten Gebieten, →

	Einwohner	Flüchtlinge	Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung	Verteilung der Flüchtlinge auf NRW
Aachen	628.968	19.083	2,8 %	2,3 %
Arnsberg	2.787.162	234.347	5,4 %	24,5 %
Detmold	1.423.388	267.663	14,5 %	21,7 %
Düsseldorf	3.845.453	205.509	5,3 %	21,2 %
Köln	1.502.967	103.848	6,8 %	10,9 %
Münster	1.734.508	185.508	10,7 %	19,4 %



Vertreibung
Familie

da die Versorgungs- und Unterbringungslage dort deutlich entspannter erschien als in den meist erheblich zerstörten Städten. So entfielen Anfang 1946 immerhin 76,8 % der Vertriebenen auf die Landkreise, welche 53,3 % der Gesamtbevölkerung beherbergten. Bei der Unterbringung der Flüchtlinge blieb der auf die westfälischen Bezirke gerichtete Schwerpunkt erhalten. Während sich die Gesamtbevölkerung

der Landesteile Nordrhein und Westfalen die Waage hielt, betrug das entsprechende Verhältnis des Anteils an Vertriebenen 29,2 % zu 70,8 %.

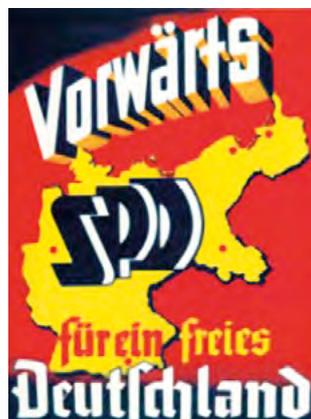
Bildung von Flüchtlingsausschüssen

Vor dem Hintergrund des Beschlusses der Alliierten zur Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen war es absehbar, dass die örtlichen Behörden in naher Zukunft mit einer Flüchtlingsbewegung großen Ausmaßes konfrontiert würden. Folglich war die britische Militärregierung bemüht, die administrativen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für den von ihr gewünschten Eingliederungsprozess sicherzustellen.

Bereits am 21. November 1945 wurde die Anweisung Nr. 10 für die Britische Zone erlassen, welche die Organisation der Flüchtlingsströme durch die deutsche örtliche Verwaltung betraf. Kernbestand dieser Anweisung war die Bildung von Flüchtlingsausschüssen bei den deutschen Verwaltungsstrukturen, d. h. auf Provinzial-, Regierungsbezirks- und Kreisebene. Die Aufgabe dieser Gremien war primär die Beratung der Behörden in Fragen der Flüchtlingsproblematik. In die Flüchtlingsausschüsse wurden neben den



Die Parteien versuchten in der Nachkriegszeit, die Vertriebenen mit großzügigen Versprechungen an sich zu binden. Plakat der CDU Ende der 1940er-Jahre.



Die Parteien kündigten an, niemals auf die Heimat der Vertriebenen verzichten zu wollen. Plakat der SPD Ende der 1940er-Jahre

mit der Thematik befassten staatlichen Stellen auch Vertreter der Kirchen, des Roten Kreuzes Kreuzes, der Arbeiterwohlfahrt und weiterer freier deutscher Organisationen integriert. Bemerkenswert ist, dass die britische Militärregierung bereits in dieser frühen Phase die Beteiligung der Flüchtlinge selbst in beratender Funktion vorgesehen hatte. Dieser Gedanke wurde auch von der deutschen Provinzialregierung aufgegriffen, welche die Beamten und Angestellten in den staatlichen Flüchtlingsämtern auf allen Ebenen mindestens zu 50 Prozent aus Flüchtlingen und Vertriebenen rekrutieren wollte. Diese partizipatorischen Elemente sind als Ausgangspunkt einer Entwicklung anzusehen, an deren Endpunkt die Anerkennung der Flüchtlinge und Vertriebenen als gleichberechtigte Partner im politischen und gesellschaftlichen Dialog stand.

Koalitionsverbot für Vertriebenenvereinigungen

In Anbetracht des gemeinsamen Schicksals war ein allgemeines Bedürfnis der Flüchtlinge und Vertriebenen nach Zusammenschlüssen auch in den Provinzen Rheinland und Westfalen absehbar. Britische und deutsche Behörden mussten sich mit dieser Perspektive auseinandersetzen.

Die Briten sahen ebenso wie die anderen Alliierten Flucht, Vertreibung und Aussiedlung nicht als zeitlich begrenzte Maßnahmen an. Ihre Politik konnte nach der Potsdamer Konferenz nur unter der Prämisse einer endgültigen Integration oder Assimilation der Flüchtlinge stehen.

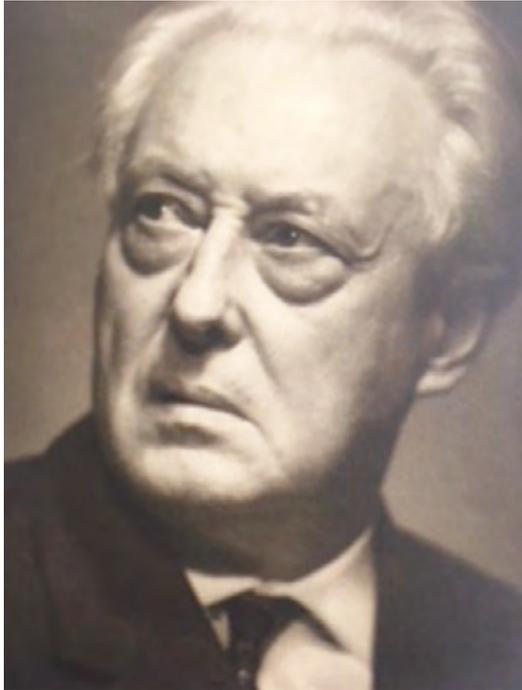
Diesem Vorhaben standen Vereinigungen von Vertriebenen entgegen, deren gemeinsames Interesse auf eine Rückkehr in die Heimat gerichtet war. Die Militärregierung wurde von der Sorge umgetrieben, dass solche Zusammenschlüsse revanchistische Tendenzen heraufbeschwören und den Nationalismus unter den Deutschen verstärken könnten.

Auch die deutschen Behörden wandten sich Ende 1945 gegen die Zulassung von Flüchtlingsvereinigungen. Angesichts der aus einheimischer Sicht ohnehin schwierigen Versorgungs- und Unterbringungslage wurden „unabhängige

Fremdverbände“ als potentielle Bedrohung des sozialen Friedens betrachtet. Bei einer Zusammenkunft am 25. Januar 1946 in Oldenburg, an welcher die höchsten Repräsentanten der zur britischen Besatzungszone gehörenden Länder teilnahmen, wurde der Militärregierung eine das Verbot von Flüchtlingsvereinigungen betreffende Beschlussvorlage übermittelt. Diesem Ansinnen entsprach das britische Hauptquartier am 28./29. Januar 1946. Die sowohl von deutscher als auch von britischer Seite forcierte Entscheidung, die als „Koalitionsverbot“ bezeichnet wurde, muss somit auch als Ausdruck innenpolitischer Stabilisierungsbemühungen verstanden werden, welche die Maßnahmen zur Eingliederung der Flüchtlinge begleiten sollten.

Das Koalitionsverbot darf nicht dahingehend interpretiert werden, dass die britische Administration Flüchtlinge und Vertriebene generell vom politischen Leben ausschließen wollte. Zum einen konnten sich die Vertriebenen innerhalb der zugelassenen politischen Parteien betätigen. Diese erkannten schnell →





Oskar Salat

die Chance, politisch interessierte Vertriebene an sich zu binden und so den Zugang zu einem nicht unerheblichen Wählerreservoir zu erschließen. CDU, SPD und FDP richteten zu diesem Zweck Flüchtlingsausschüsse ein, um ihre Offenheit unter Beweis zu stellen und den Betroffenen ein Forum zu bieten. Zum anderen sollten die Flüchtlingsausschüsse, welche als beratende Organe den einzelnen Verwaltungsstufen zur Seite gestellt wurden, der Artikulation von Vertriebeneninteressen dienen. Die den Vertriebenen zugewiesenen Betätigungsfelder sollten sie als politische Kraft einbinden, wobei die Vertriebenen in den politischen Parteien perspektivisch in der Minderheit blieben. Die den staatlichen Behörden angegliederten Flüchtlingsausschüsse waren leicht zu kontrollieren und hatten ohnehin nur beratende Funktion. Das Koalitionsverbot sollte demnach keinen willkürlichen Eingriff in die demokratischen Rechte der Vertriebenen darstellen, vielmehr war es dazu bestimmt, übergeordneten politischen und gesellschaftlichen Interessen zu dienen.

Obwohl das Koalitionsverbot auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalens nur einmal zur Anwendung kam, darf seine Bedeutung für die

gesellschaftliche Partizipation der Flüchtlinge und Vertriebenen nicht unterschätzt werden. Infolge dieses Verbotes wurden freie Zusammenschlüsse bestenfalls toleriert. Eine Förderung fand nicht statt, so dass die gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten stark begrenzt waren. Somit war für das von britischer Seite bevorzugte Beiratssystem der Boden bereitet worden. Allein die Flüchtlingsausschüsse waren imstande, die Interessen der Flüchtlinge und Vertriebenen gegenüber den staatlichen Stellen zum Ausdruck zu bringen und so auch bei konkreten Problemen Abhilfe zu schaffen. Die Flüchtlingsausschüsse konnten sich als alleinige Ansprechpartner der von ihnen repräsentierten Bevölkerungsgruppe etablieren.

Konstituierung des ersten Landesflüchtlingsausschusses

Da sich die mit der Anweisung Nr. 10 für die britische Zone begründeten Flüchtlingsausschüsse in den Jahren 1946/47 nur mäßig bewährt hatten, beabsichtigte die nordrhein-westfälische Landesregierung, in Anlehnung an den Begriff „Flüchtlingsausschuss“ eine neue Einrichtung ins Leben zu rufen. Ergebnis diesbezüglicher Überlegungen waren drei wichtige Erlasse des Sozialministers Rudolf Amelunxen (Zentrum) vom 5. September 1947, in denen ein Mitspracherecht der Flüchtlinge auf allen Verwaltungsstufen verwirklicht wurde. Der erste Erlass regelte die Zusammensetzung der Flüchtlingsausschüsse, die aus von den Flüchtlingen gewählten und von den Behörden ernannten Vertretern bestehen sollten. Für die Wahl in den Gemeinden wurde als Wahltag der 11. November 1947 festgelegt. Der zweite Erlass sah eine neue Wahlordnung vor. Der dritte Erlass beinhaltete die Durchführungsbestimmungen für den einheitlichen Aufbau des Flüchtlingswesens; damit wurde der Dualismus zwischen der administrativen Flüchtlingsbetreuung und den beratenden Flüchtlingsausschüssen auf allen Ebenen festgeschrieben.

Die ersten Wahlen zur Errichtung von Flüchtlingsausschüssen in den Städten und Landkreisen

wurden am 16. November 1947 abgehalten. Gemäß der Anordnung des Sozialministers erfolgten diese nach unmittelbarem und geheimem Wahlrecht. Nach Abschluss der Wahlen auf Kreisebene und nach Benennung der Kreisvertreter für die Regierungsbezirke wurden in den ersten Monaten des Jahres 1948 die Bezirksflüchtlingsausschüsse von den Regierungspräsidenten zur ersten Sitzung eingeladen. Bei diesen Zusammenkünften wurden in jedem der sechs Regierungsbezirke jeweils drei Flüchtlingsvertreter für den sogenannten Landesflüchtlingsausschuss gewählt. Somit waren die Voraussetzungen für eine Interessenvertretung auf Landesebene geschaffen und der beim Sozialminister angesiedelte Landesflüchtlingsausschuss konnte sich am 4. Mai 1948 in Düsseldorf konstituieren.

Zusammensetzung des Landesflüchtlingsausschusses

Die Flüchtlingsausschüsse in Nordrhein-Westfalen setzten sich nunmehr aus zwei Gruppen zusammen: Neben den Vertriebenen waren Vertreter aller Gruppen beteiligt, die sich mit der Lösung des Flüchtlingsproblems befassten. Die Vertreter der Vertriebenen in den Flüchtlingsausschüssen besaßen durch die freie und unmittelbare Wahl eine demokratische Legitimation im Namen ihrer Schicksalsgefährten zu sprechen. Auch die achtzehn von den Bezirksflüchtlingsausschüssen gewählten Personen konnten sich darauf stützen. Die Tätigkeit der Mitglieder in diesen Gremien war von Anfang an ehrenamtlich.

Weiterhin gehörten den Flüchtlingsausschüssen die berufenen Vertreter der Organisationen und Institutionen an, die sich der Betreuung der Vertriebenen und ihrer Eingliederung in besonderem Maße widmeten. Bei der Konstituierung des Landesflüchtlingsausschusses waren folgende Verbände und Institutionen einbezogen:

- Arbeiterwohlfahrt
- Evangelisches Hilfswerk
- Deutscher Caritasverband
- Gemeinschaftshilfe freier Wohlfahrtsverband Nordrhein-Westfalen
- Deutsches Rotes Kreuz

- Deutscher Städtetag
- Nordrhein-Westfälischer Landkreistag
- Deutscher Städtebund
- Gemeindetag Nordrhein-Westfalen
- Industrie- und Handelskammer
- Handwerkskammer
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bauernverbände

Der Landesflüchtlingsausschuss setzte sich somit anfangs aus 31 Mitgliedern zusammen, wenig später wurden zusätzlich Vertreter der beiden großen Kirchen ernannt. Damit bestand das Gremium fast zur Hälfte aus berufenen Vertretern. Diese Zusammensetzung war bewusst gewählt worden. Die Landesregierung wollte ausschließlich mit gewählten Flüchtlingsvertretern besetzte Ausschüsse vermeiden, da in einer solchen Konstellation die Behinderung der Arbeit durch allzu ausschweifende Reflexionen über die erlittenen Schicksale befürchtet wurde. Die Verbindung von gewählten Flüchtlingsvertretern mit Vertretern der verschiedenen Organisationen sowie der Behörden bot die Garantie für eine konstruktive Aussprache im vorparlamentarischen Raum und schuf die Basis zur Verankerung der Vertriebenen in der alteingesessenen Bevölkerung.

Struktur des Landesflüchtlingsbeirats

Im Bereich der Exekutive war der Landesflüchtlingsausschuss von Anfang an dem Sozialministerium zugeordnet. Bereits im Juni 1948 legte das Ministerium den Entwurf eines Statuts für das Gremium vor. Diese Vorlage wurde von den Mitgliedern im Wesentlichen akzeptiert, so dass die Satzung durch einen Erlass des Sozialministers vom 17. Dezember 1948 in Kraft gesetzt werden konnte. Bereits am 30. November 1948 war die Umbenennung der Flüchtlingsausschüsse in Flüchtlingsbeiräte verfügt worden; das für die Belange der Flüchtlinge und Vertriebenen zuständige Gremium auf Landesebene hieß nunmehr Landesflüchtlingsbeirat beim Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

In der konstituierenden Sitzung am 4. Mai 1948 wurde ein erster Vorstand bestimmt, der die →

Geschäfte des Landesflüchtlingsausschusses provisorisch führen sollte:

Vorsitzender	Georg Graf von Brühl
Stellvertr. Vorsitzender	Otto Weber
Schriftführer	Hans Langen
Stellvertr. Schriftführer	Ernst Bischoff

In der vierten Sitzung des Gremiums am 30. Juli 1948 wurde die endgültige Zusammensetzung des Vorstandes festgelegt; die Leitung des Landesflüchtlingsausschusses oblag nunmehr folgenden Personen:

Vorsitzender	Oskar Salat
Stellvertr. Vorsitzender	Ernst Breuer
Schriftführer	Franz Schyma
Stellvertr. Schriftführer	Otto Weber

In den Sitzungen des Plenums wurden die wichtigsten Fragen behandelt, welche die Vertriebenen und Flüchtlinge betrafen. Die essentiellen Themen wurden vielfach in Grundsatzreferaten behandelt, zudem wurden Entschlüsse formuliert, Stellungnahmen abgegeben und Eingaben an die Regierung verfasst. Der Vorsitzende legte einmal im Jahr einen Rechenschaftsbericht vor. Meistens nahmen an den Plenarsitzungen Landesminister oder leitende Ministerialbeamte teil, die zu aktuellen sozial-, wirtschafts- oder kulturpolitischen Fragen Stellung bezogen.

Bereits in der konstituierenden Sitzung kamen die Mitglieder des Landesflüchtlingsausschusses überein, dass von Fall zu Fall aus den Reihen der gewählten Vertreter Arbeitsausschüsse zu bilden seien, zu denen die berufenen Vertreter für ihr Fachgebiet und erforderlichenfalls externe Fachleute hinzugezogen werden konnten. Die Anbindung an das Plenum wurde durch regelmäßige Berichte des Ausschussvorsitzenden sichergestellt. So wurden in der zweiten Gremiensitzung am 2. Juni 1948 sieben Unterausschüsse mit folgenden Arbeitsbereichen eingesetzt:

- Wohnungsausschuss
- Versorgungsausschuss
- Berufs- und Wirtschaftsausschuss
- Sozialausschuss
- Kulturausschuss
- Rechtsausschuss
- Siedlungs- und Landwirtschaftsausschuss

Der Geschäftsführende Ausschuss hatte die laufenden Aufgaben des Landesbeirats wahrzunehmen, solange das Plenum nicht versammelt war. Durch die Übertragung dieser Kompetenz und die daraus resultierende erhöhte Verantwortung erhielt er innerhalb der Ausschüsse eine Sonderstellung. Dem Geschäftsführenden Ausschuss gehörten neben dem Vorstand des Beirates die Vorsitzenden aller Ausschüsse an, wodurch ein ständiger Informationsfluss gewährleistet war. In den ersten Jahren seines Bestehens tagte der Geschäftsführende Ausschuss monatlich fünf- bis neunmal.

Bis 1950 trat mit der Landestagung jährlich – später etwa alle drei Jahre – ein erweitertes Forum zusammen. Neben den Mitgliedern des Landesflüchtlingsbeirates gehörten die Bezirksbeiräte, die Vertreter der Kreisbeiräte, die Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten des Landtages sowie Vertreter der Landesregierung dem Gremium an. Wiederholt haben die jeweiligen Ministerpräsidenten persönlich an den Tagungen teilgenommen. Hauptthema in diesen Versammlungen war in den ersten Jahren die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge. In späteren Jahren rückten dann kultur- und ostpolitische Fragen verstärkt in den Mittelpunkt.

Der Landesflüchtlingsbeirat in der Landespolitik

Mit der Gründung des Landesflüchtlingsbeirats war in Nordrhein-Westfalen eine legitime Vertretung der Flüchtlinge und Vertriebenen geschaffen worden, mit der diese Bevölkerungsgruppe endlich ein offizielles Sprachrohr erhielt. Durch die Zusammenarbeit mit Regierung und Behörden konnten die Vertriebenen dokumentieren, dass sie Mitverantwortung in ihrer neuen Heimat zu übernehmen und das Gesamtgeschick ihres vermeintlichen Gastlandes mit-

zutragen bereit waren. Für die gewählten Flüchtlingsvertreter im Landesbeirat war diese Tätigkeit mit einer deutlichen Aufwertung verbunden. Als Vertreter der Betroffenen konnten sie nun mitreden und als anerkannte Gesprächspartner der politisch Verantwortlichen bei der Bewältigung der anstehenden Probleme mithelfen.

Die vornehmliche Aufgabe der Flüchtlingsbeiräte war die Unterrichtung und Beratung der für diese Thematik zuständigen Behörden. Der Landesbeirat war der nordrhein-westfälischen Landesregierung insgesamt zugeordnet, vorrangiger Ansprechpartner des Gremiums war allerdings der Sozialminister, in dessen Ministerium der Beirat auch räumlich untergebracht war. Die Anliegen der Vertriebenen fanden darüber hinaus auch im parlamentarischen Rahmen Gehör: Unmittelbar nach der Wahl des ersten Landtages am 20. April 1947 wurde ein Ausschuss für Flüchtlingsfragen eingerichtet. Insgesamt ist für die erste Legislaturperiode des Landesflüchtlingsbeirats zu konstatieren, dass sich die Zusammenarbeit auf dieser Ebene positiv entwickelte. Der gegenseitige Respekt prägte den Umgang miteinander. So ergab sich eine stets konstruktive und kooperative Arbeitsatmosphäre, auch wenn bei weitem nicht alle Anliegen und Anregungen des Landesflüchtlingsbeirats berücksichtigt werden konnten.

In diesem Umfeld erfüllte der erste Landesflüchtlingsbeirat eine Doppelfunktion. Einerseits hatten die Beiratsmitglieder der Landesregierung bei der Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen beratend zur Seite zu stehen. Andererseits galt es, die Interessen der in diesem Gremium repräsentierten Bevölkerungsgruppe zum Ausdruck zu bringen und zu wahren. Es gab allerdings auch kritische Stimmen unter den organisierten Vertriebenen, welche dem Beirat die Funktion einer echten Repräsentanz absprachen.

Förderung der Eingliederungsbemühungen

Nordrhein-Westfalen war ein vom Krieg heimgesuchtes Land – zerstört, ausgebombt und wirtschaftlich ruiniert. Für die Vertriebenen ging es in der ersten Nachkriegsphase vor allem

darum, ein Dach über dem Kopf zu finden und die notwendigsten Lebensmittel zu beschaffen. Die Mitglieder der Flüchtlingsausschüsse bzw. -beiräte waren vorrangig darum bemüht, die materielle Not der Vertriebenen zu lindern. Zudem bestand noch die Hoffnung, dass der Aufenthalt nur eine kurze Zeitspanne umfassen würde und dass nach Abschluss eines Friedensvertrags die baldige Rückkehr in die alte Heimat möglich wäre. „Wir wollen auf unseren unausgepackten Koffern sitzen bleiben!“ war eine Losung dieser Tage, welche zu einem vorübergehenden Arrangement mit der einheimischen Bevölkerung führte.

Mit der kurzfristigen Unterbringung und Versorgung des unfreiwilligen Bevölkerungszustromes sollte es aber nicht getan sein. Vielmehr wurde die langfristige wirtschaftliche und soziale Eingliederung zur wahren Heraus- →



Flüchtlingskinder vor Nissenhütte



Kochen in der Unterkunft

forderung für das junge Land. In den überbelegten Wohnungen der Städte und auf dem Land verschärften sich die Spannungen in der aus Einheimischen, Evakuierten und Flüchtlingen bestehenden Zwangsgemeinschaft. Die Vertriebenen galten in der Bevölkerung bis in die Zeit des Wirtschaftswunders als Belastung, obwohl Nordrhein-Westfalen bereits Anfang 1947 einen Arbeitskräftebedarf von 100.000 bis 150.000 Personen aufwies. Unter diesen Vorzeichen war das Gelingen einer dauerhaften und vollständigen Integration alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

In dieser Situation kam dem Landesflüchtlingsbeirat eine wichtige Funktion zu. Den Mitgliedern waren die Probleme, Sorgen und Nöte ihrer Schicksalsgefährten aus eigener Anschauung bekannt. Diese Nähe machte sie zu anerkannten Ansprechpartnern und trug dazu bei, dass unter

den Vertriebenen eine politische Radikalisierung weitestgehend ausblieb, in Nordrhein-Westfalen konnte bei ihnen keine extremistische Partei Fuß fassen.

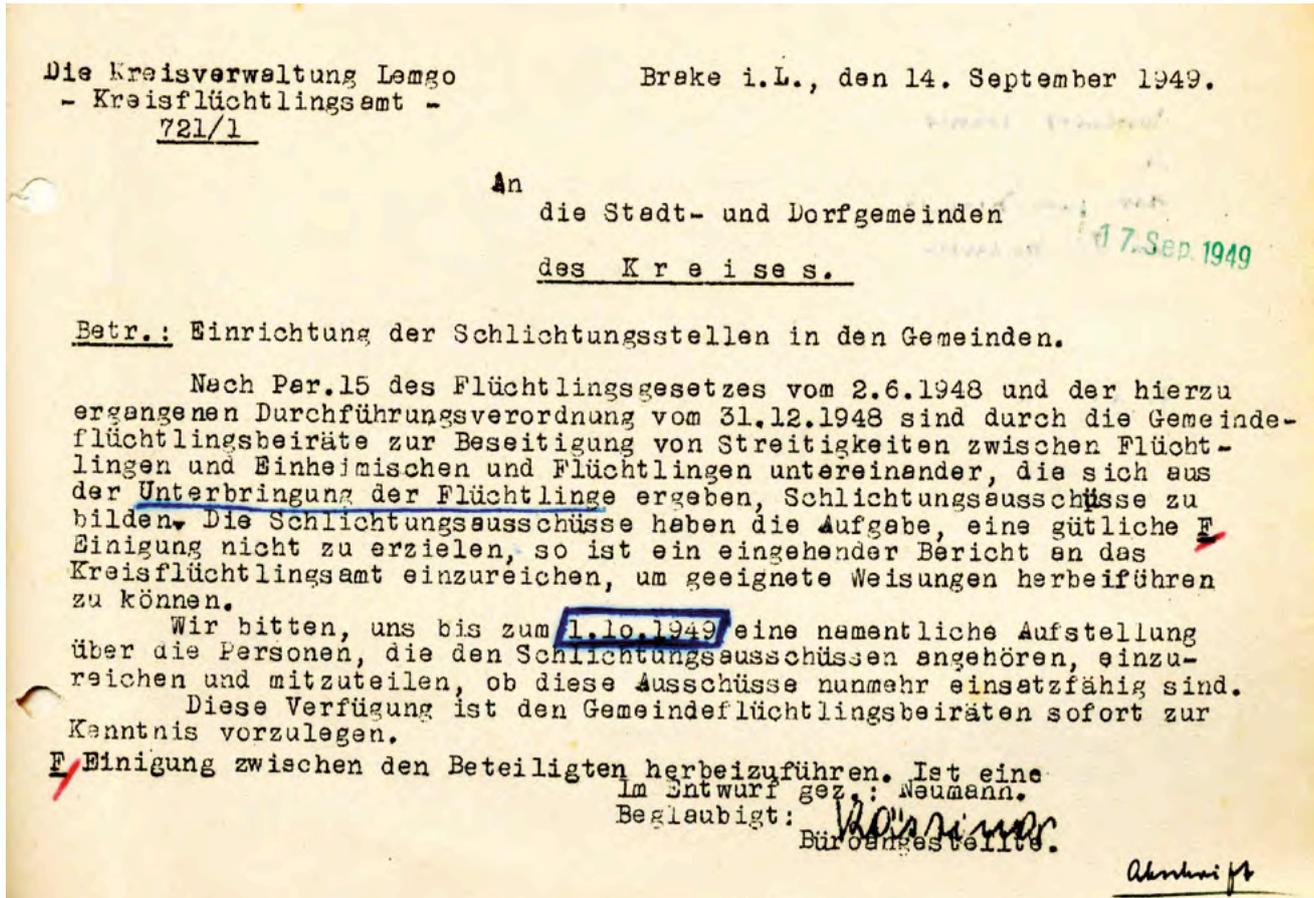
Interessenvertretung der Vertriebenen

Seine Funktion als beratendes Organ nahm der Landesflüchtlingsbeirat vornehmlich gegenüber der Exekutive wahr. Zahlreich waren die Stellungnahmen des Gremiums zu Gesetzesvorlagen, Novellen oder Durchführungsverordnungen; die Texte wurden intensiv bearbeitet, Änderungsvorschläge der Regierung und dem Parlament unterbreitet. Die Beiratsmitglieder trugen mit ihrem Fachwissen und auch mit ihrer Kreativität wesentlich zur Verbesserung gesetzlicher Bestimmungen und behördlicher Anweisungen bei.

In der ersten Phase konzentrierte sich das Engagement auf Entscheidungen des Gesetzgebers und administrative Maßnahmen, mit deren Hilfe den Flüchtlingen das Existenzminimum gesichert werden sollte. Einen besonderen Schwerpunkt der Tätigkeit des Landesflüchtlingsbeirats in seiner ersten Amtszeit bildete das Landesflüchtlingsgesetz mit seinen Durchführungsverordnungen. Bis auf wenige Ausnahmen standen kulturelle Belange noch im Hintergrund.

Weiterhin ragt das „Gesetz zur Minderung dringender sozialer Notstände“ (Soforthilfengesetz) heraus, welches vom Wirtschaftsrat des vereinigten Wirtschaftsgebietes – also innerhalb der westlichen Besatzungszonen – zum 1. April 1949 in Kraft gesetzt wurde. Der Leistungskatalog umfasste Unterhaltshilfen, Ausbildungshilfen, Aufbauhilfen, Hausratshilfen und Gemeinschaftshilfen. Das Gesetz stellte somit einen vorweggenommenen Teil der späteren Lastenausgleichsregelung dar. Die Anwendung des Soforthilfengesetzes begleitete der Landesflüchtlingsbeirat intensiv, um den Betroffenen die daraus resultierenden Hilfsmaßnahmen auch in vollem Umfang bekannt und nutzbar zu machen.

Die Interessen der Vertriebenen suchte der Landesbeirat nicht nur gegenüber staatlichen Stellen zu wahren. So erkannten die Mitglieder



des Gremiums frühzeitig die herausragende Bedeutung der Parteien für die politische Willensbildung des Volkes. Im Vorfeld der Kommunalwahlen vom 17. Oktober 1948 richtete der Landesflüchtlingsbeirat den dringenden Appell an alle Parteien, geeignete Flüchtlingsvertreter an aussichtsreichen Stellen in die örtlichen Wahlvorschläge aufzunehmen. Der Aufruf blieb nicht ohne Widerhall: Von 38.820 Sitzen in den kommunalen Selbstverwaltungsgremien entfielen 1.643 auf Vertriebene.

Bei aller Konzentration auf die konkrete Lebenssituation der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen verlor der Landesflüchtlingsbeirat die deutschlandpolitische Entwicklung nie aus den Augen. So wurden bereits in dieser frühen Phase Fragen der Entschädigung und Wiedergutmachung diskutiert. Ebenso stand die Frage nach einer den westdeutschen Landesparlamenten

gleichgestellten Nationalversammlung, die die ehemaligen deutschen Ostgebiete repräsentieren sollte, auf der Tagesordnung der Beratungen. Der Landesbeirat vertrat stets mit Nachdruck einen gesamtdeutschen Anspruch.

Landesflüchtlingsbeirat und Vertriebenenverbände

Die verbandliche Organisation der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen war wesentlich von den politischen Verhältnissen der unmittelbaren Nachkriegszeit bestimmt. Sowohl die britische Besatzungsmacht als auch die zuständigen deutschen Stellen verfolgten Bestrebungen des Zusammenschließens von Vertriebenengruppen mit größter Skepsis. Das von der Militärregierung verhängte, gegen Vertriebenenorganisationen gerichtete Koalitionsverbot vom 28./29. Januar 1946 dokumentiert diese Auffassung, welche →

in den folgenden Jahren jedoch einem stetigen Wandel unterlag.

Bereits im Verlauf des Jahres 1947 zeichnete sich eine Veränderung der britischen Einstellung ab. In dieser Phase etablierte sich trotz des Koalitionsverbotes eine Politik der Duldung gegenüber freien Flüchtlingszusammenschlüssen. Die Bildung derartiger Vereinigungen war ohnehin nur schwer zu verhindern. So wartete die Militärregierung ab, ob diese den geplanten Wiederaufbau behindern oder ob sie einen konstruktiven Beitrag zu den vielschichtigen Problemen der Eingliederung leisten würden. Besonders die Aktivitäten lokaler Interessengemeinschaften oder berufsständischer Zusammenschlüsse wurden pragmatisch begleitet.

Zu einer grundlegenden Veränderung kam es im Januar 1948, als es in der britischen Besatzungszone gestattet wurde, Flüchtlingsorganisationen für kulturelle oder caritative Zwecke zu bilden. Für deren Zulassung, Eintragung und allgemeine Überwachung war die jeweilige Landesregierung zuständig. Das Koalitionsverbot in Nordrhein-Westfalen wurde schließlich nach knapp zweieinhalbjähriger Dauer am 24. Juni 1948 vollständig aufgehoben.

Die skizzierte Wandlung der britischen Haltung ging mit einer grundsätzlichen deutschlandpolitischen Wende – vor dem Hintergrund des heraufziehenden Ost-West-Gegensatzes – einher. Obgleich sich in dieser Phase die Bildung eines westdeutschen Teilstaates anbahnte, betonten britische Politiker wiederholt das Ziel der Einheit Deutschlands und zeigten sich in Bezug auf das Schicksal der deutschen Ostgebiete gesprächsbereit. Insofern hatte sich der Gegensatz zwischen den britischen Interessen und denen der Vertriebenen, deren vorrangiges Anliegen die Rückkehr in ihre angestammte Heimat war, zumindest stark relativiert.

Entstehung und Entwicklung von Vertriebenenverbänden

Nach einer kurzen Phase des Einlebens in den Aufnahmegemeinden wurde das Bedürfnis der Flüchtlinge deutlich, sich mit ihren

Schicksalgefährten zusammenzuschließen. Als bestimmende Organisationsform setzte sich in Nordrhein-Westfalen die örtliche Interessengemeinschaft durch, welche um alle ortsansässigen Flüchtlinge warb. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass sich die Verteilung über die eingerichteten Aufnahmelager nach festgelegten Kontingenten und nicht nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten richtete. Bis 1949 entstanden in Nordrhein-Westfalen auf diese Weise über 1.500 Ortsvereinigungen sowie 90 Interessengemeinschaften auf Kreisenebene.

Erste Ansätze für eine zentrale Vertriebenenvereinigung in Nordrhein-Westfalen gingen von dem aus Schlesien stammenden Geistlichen Rat Georg Goebel aus, dessen Aktivitäten mit seiner Ankunft in Lippstadt Ende 1946 begannen. Unter der Leitung von Goebel entstand in den nächsten Monaten ein sich ständig erweiternder Gesprächskreis, aus welchem am 1. Juli 1947 der „Hauptausschuss der Ostvertriebenen“ mit Sitz in Münster hervorging. Neben der staatlichen Flüchtlingsverwaltung und den Beiräten verstand sich der Hauptausschuss als dritte Säule, die als „Stimme und Gewissen“ der Ostvertriebenen gelten sollte. Das Gremium betrachtete sich als Vorläufer eines „Nationalrates der Ostdeutschen“ und zielte somit auf eine parlamentarische Repräsentation der Vertriebenen. Ein weiterer organisatorischer Versuch Georg Goebels, eine „Gesamtvertretung“ der einzelnen Landsmannschaften zu bilden, verlief im Sommer 1948 erfolglos.

Parallel verstärkte die Gruppe um Goebel ihre Bemühungen, Einfluss auf die lokalen Interessengemeinschaften zu gewinnen. In diesem Zusammenhang wurden überregionale Zusammenkünfte der Interessengemeinschaften durchgeführt. Dabei kamen die Vertreter der lokalen Organisationen im August 1948 überein, die Zusammenarbeit der Selbsthilfegemeinschaften durch eine Repräsentation auf Landesebene zu verbessern. In den folgenden Wochen wählten die Delegierten der Interessengemeinschaften in den Regierungsbezirken ihre Vertreter für eine Landesarbeitsgemeinschaft, welche im Oktober 1948 ihre



Vertriebene vor Anschlagtafeln mit der Verkündung des Soforthilfegesetzes 1949
(Quelle: SV-Bilderdienst München)

Tätigkeit aufnahm. Die Organisation war als ein weiterer, letztendlich jedoch erfolgloser Versuch Georg Goebels anzusehen, das Vertriebenenwesen in Nordrhein-Westfalen nach seinen Vorstellungen zu koordinieren und so seine Einflussmöglichkeiten auszubauen.

Das nordrhein-westfälische Sozialministerium war von Beginn an bestrebt, die Organisationen der Flüchtlinge und Vertriebenen zu kontrollieren und so ihren politischen Einfluss möglichst gering zu halten. Vor diesem Hintergrund wurde auch dem Beiratssystem der Vorzug gegeben, welches schließlich im Landesflüchtlingsgesetz verankert wurde. Die unmittelbare Zuordnung zu den einzelnen Verwaltungsebenen sicherte in allen Bereichen eine politische und administrative Beteiligung der Vertriebenen. Durch diese Form der Interessenvertretung war eine Teilnahme von freien Vertriebenenverbänden an staatlichen Aufgaben von vornherein beschränkt. Die mit einem solchen Dualismus einhergehende Konkurrenzsituation

im Vertriebenenwesen entsprach somit durchaus den Absichten der Landesregierung.

Gründung eines Landesverbandes der Ostvertriebenen

Die Bemühungen der lokalen Interessengemeinschaften und das Bedürfnis nach einem landesweiten Zusammenschluss blieben dem Landesvertriebenenbeirat nicht verborgen. Die Gründung eines Landesverbandes sollte jedoch nicht der Gruppe um Georg Goebel überlassen werden. Mit der Rückendeckung des Landtages ergriff der Vorsitzende des Landesvertriebenenbeirates, Oskar Salat, im Januar 1948 die Initiative, um mit den Vertriebenenvereinigungen vor Ort ins Gespräch zu kommen und im Landesvertriebenenbeirat Vorstellungen zu einer landesweiten Repräsentation zu entwickeln.

Am 5. Januar 1949 beschloss der Geschäftsführende Ausschuss des Beirats, den Zusammenschluss der Vereinigungen zu einer ein- →

heitlichen, demokratisch aufgebauten „Ostvertriebenen-Gemeinschaft Nordrhein-Westfalen“ herbeizuführen. Wenig später erteilte das Sozialministerium sein Einverständnis unter der Voraussetzung, dass sich der Landesverband auf die demokratische Legitimation der Vertriebenenversammlungen auf Kreisebene stützen konnte.

Bei den folgenden Gesprächen wurde auch ein vermeintlicher Kompromiss gefunden, der die zügige Bildung eines Landesverbandes zu erlauben schien. Die Zusammenarbeit zwischen der von Georg Goebel dominierten Landesarbeitsgemeinschaft und dem Landesvertriebenenbeirat erwies sich jedoch nicht als tragfähig. Die Meinungsverschiedenheiten über personelle und strukturelle Fragen verschärften sich so sehr, dass es im März/April 1949 zur Gründung zweier konkurrierender Landesverbände kam. Nach zähen Verhandlungen in einem eigens geschaffenen Koordinierungsausschuss konnte jedoch eine Übereinkunft erzielt werden und so wurde schließlich am 14. Mai 1949 der „Landesverband der Ostvertriebenen Nordrhein-Westfalen“ als überparteiliche und überkonfessionelle Interessenvertretung aller Vertriebenen gegründet. Mit der Zulassung durch das Sozialministerium am 10. Januar 1950 kann der Gründungsprozess, nicht jedoch der Konflikt zwischen Oskar Salat und Georg Goebel als abgeschlossen betrachtet werden.

Es wäre verfehlt, die Ursachen für die Auseinandersetzungen in der Gründungsphase des

Landesverbandes allein auf der persönlichen Ebene zu suchen. Vielmehr musste eine Entscheidung zwischen konkurrierenden Zielvorstellungen herbeigeführt werden. Der Geistliche Rat Georg Goebel suchte das Vertriebenenwesen aus seinem exklusiven Gesprächszirkel heraus von oben zu organisieren und so auch die Meinungsbildung des Verbandes zu bestimmen. Die Frage der Legitimation seines Führungsanspruchs stellte sich für Goebel nicht. Dagegen ging es dem Landesvertriebenenbeirat und seinem Vorsitzenden Oskar Salat darum, demokratische Spielregeln einzuführen und eine innerverbandliche, von den Mitgliedern ausgehende Willensbildung der Interessenartikulation selbsternannter Anführer entgegenzusetzen. Salat konnte sich mit seiner Forderung durchsetzen, vor einer Wahl des Landesvorstandes ein auf demokratischer Legitimation beruhendes Mandat der Delegierten sicherzustellen. Zahlreiche Vertriebene verfolgten die Entwicklung dennoch mit einer gewissen Skepsis, hatten sie sich doch bei ihrer verbandlichen Organisation eine größere Eigenständigkeit erhofft. Kritik erfuhr insbesondere der über den Landesvertriebenenbeirat vermittelte Einfluss der Einheimischen in der Gründungsphase. Ungeachtet dessen bedeutete die Schaffung des Landesverbandes einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt, denn es war gelungen, die Interessen der Vertriebenen in demokratisch bestimmte Vereinsstrukturen zu kanalisieren und so einer politischen Radikalisierung vorzubeugen.



Dieses Kapitel ist der Broschüre „60 Jahre Landesbeirat“ von den Autoren Michael Weigand und Arno Barth entnommen.

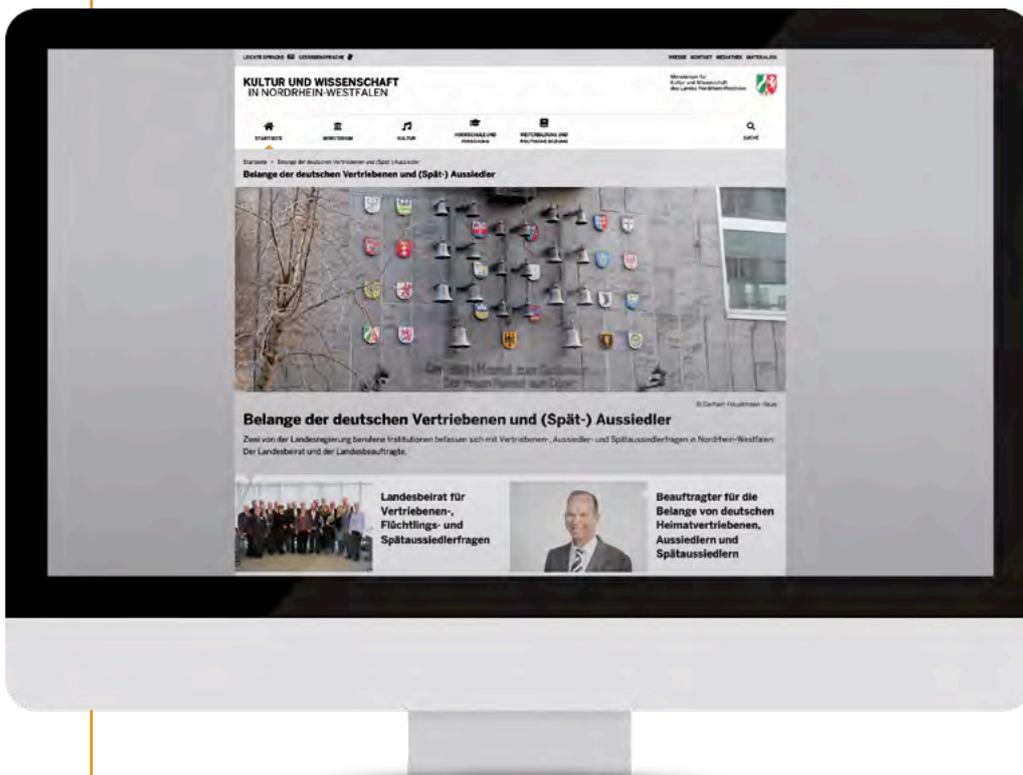


2 KLICKS REICHEN!

Viele Informationen rund um die Arbeit des Landesbeirats und des Beauftragten der Landesregierung gibt es auch online www.mkw.nrw Dort finden Sie auch alle Ausgaben des VAS-Journals als pdf-Version.



Oder folgen Sie uns auf TWITTER unter @VABNRW



Sie möchten das VAS-Journal bestellen oder weitere Personen für den Verteiler vorschlagen?

Dann kontaktieren Sie uns unter per E-Mail unter claudia.brecht@mkw.nrw.de

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.

Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und
Spätaussiedlerfragen beim Ministerium für Kultur und
Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

40213 Düsseldorf, Haroldstr. 4

Telefon 0211 896-4874

E-Mail: claudia.brecht@mkw.nrw.de

www.mkw.nrw/landesbeirat

Redaktionsteam: Claudia Brecht, Heiko Hendriks,
Martina Rodrigues

Nicht namentlich gekennzeichnete Beiträge/Artikel
sind von dem Redaktionsteam verfasst worden.

Druck: Hausdruck

Gestaltung: siebenzwoplus / Büro für Gestaltung
Maya Hässig und Benjamin Brandt,
Thürmchenswall 72, 50688 Köln

Diese Publikation kann per E-Mail bestellt werden:
claudia.brecht@mkw.nrw.de

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom
Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der
vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Veröffentlichte Beiträge decken sich nicht immer
mit den Ansichten des Herausgebers. Sie dienen
dem freien Meinungsaustausch der Mitglieder von
Vertriebenen- und (Spät-)aussiedlerverbänden.